Berlin, 24. November 1931
Nr. 19. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Die Bankrotterklärung des Kapitalismus

Den Hungerriemen enger!

Regierung unzuständig für Preissenkung, aber zuständig für Lohnsenkung
Dazu Verdoppelung der Umsatzsteuer

Revolutionäre Einheitsfront!

Eine Antwort an Stalin

Wozu der Lärm? — werden manche unserer Parteigenossen fragen, die in diesen Wochen in mühseliger, opfervoller Kleinarbeit dabei sind, die „Sozialistische Arbeiterpartei" aufzubauen. Wozu die theoretischen und taktischen Streitigkeiten, und wozu die Beschäftigung mit einer Vergangenheit, aus der besonders der Jugend, die in so starken Scharen den Grundstock unserer Bewegung bildet, nur einige große Namen und stark umstrittene Höhepunkte revolutionärer Bewegung gegenwärtig sind? Haben wir nicht im Augenblick Wichtigeres zu tun, und gibt es nicht drängende Aufgaben der Weiterbewegung und der neuen Partei genug, an die mit aller Energie herangegangen werden muß?

Eine solche Stellungnahme hat ihre Berechtigung und geht doch an der entscheidenden Tatsache vorbei, daß die SAP nach dem ersten Sprung, der aus der Sozialdemokratischen Partei heraus auf das offene Gelände des revolutionären Klassenkampfes geführt hat, ihren Weg suchen muß durch die eingehende Beschäftigung mit allen taktischen und prinzipiellen Grundfragen der modernen Arbeiterbewegung, ob diese nun von sozialdemokratischer oder von kommunistischer Seite aufgeworfen und diskutiert werden.

Je schärfer und deutlicher der Trennungsstrich gegen die Politik der Sozialdemokratie gezogen wird und je klarer wir uns prinzipiell gegen den Reformismus abgrenzen, um so notwendiger wird es sein, den Prozeß der Selbstverständigung und Sammlung im revolutionären Lager zu beschleunigen und dem Gedanken der Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung durch eine scharfe Herausarbeitung ihrer Voraussetzungen vorzuarbeiten. Das hindert nicht die praktische Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront in bestimmten Aktionen gegen den Faschismus, aber es bereitet gleichzeitig die Schaffung der revolutionären Einheit in größerem Maßstabe vor, zu der das deutsche Proletariat kommen muß, und zu der die Massen mit wachsender Ungeduld drängen. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit wie auch alle Lehren der Vorkriegszeit und erst recht die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung während des Krieges zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß eine solche Einheit nicht ohne weitgehende Uebereinstimmung in den Grundfragen der Theorie und Taktik zustande kommen kann. Durch Klarheit zur Einheit ist daher unser Grundsatz in den jetzigen und kommenden Auseinandersetzungen innerhalb der proletarischen Bewegung.

Stalins Ausflug in die Geschichte der Arbeiterbewegung

Die „Rote Fahne" veröffentlicht in ihrer Nummer vom 22. November einen Brief des Generalsekretärs der bolschewistischen Partei Sowjetrußlands an die Redaktion der Sowjetzeitschrift „Proletarskaja Revoluzija". Der Brief ist die Antwort auf einen dort erschienenen Artikel, der uns nicht zur Verfügung steht und uns auch nicht weiter interessiert. Wichtig ist die Antwort Stalins, weil er sich darin mit Fragen der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt und weil dieser Brief die Grundlage der Stellung der KPD zu andern proletarischen Organisationen in Deutschland, vor allem auch zur SAP, für die kommenden Monate bilden wird. Die „Rote Fahne" sagt denn auch, dieser Brief sei von „größter aktueller Bedeutung für die deutschen Arbeiter" und bezieht ihn ausdrücklich auf „eine Organisation, die zwischen dem revolutionären Marxismus — Leninismus und dem Sozialfaschismus eine prinzipienlose Position bezieht," um „die sozialdemokratischen Arbeiter am Uebergang ins Lager der Kommunistischen Partei zu hindern". Damit ist die SAP gemeint. Schauen wir uns also die Bannbulle Josef Stalins etwas genauer an.

Geschrieben ist sie in derselben „groben, illoyalen Art", die schon Lenin an Stalin nicht gefiel und die allen Auseinandersetzungen der letzten Jahre im bolschewistischen Lager den Charakter der Abwürgung jeder Diskussion, der bürokratischen Verknöcherung und uniformierten Selbstherrlichkeit gegeben hat. So haben Marx und Lenin die proletarische Diktatur nie aufgefaßt und gerade Lenin hat bei aller Schärfe und Unerbittlichkeit in der Diskussion diese Diskussion ernsthaft und gründlich geführt und nicht von vornherein mit dem Prügel der Disziplinierung und der Aechtung auf den Tisch geschlagen. Aus jeder Polemik Lenins konnte man noch etwas lernen, er brachte nicht die fertigen Resultate, sondern zeigte als geschulter Dialektiker auch den Weg, der zu ihnen führt. So scharf und entschieden Lenin jede „Auslegung" oder „Berichtigung" von Marx ablehnte dort, wo er sie für gefährlich hielt, so wenig hat er daran gedacht, den Majestätsbeleidigungsparagraphen in die theoretische Auseinandersetzung aufzunehmen. Das macht Stalin seit Jahren schon. Die Auseinandersetzungen haben nicht dadurch gewonnen. Auch die Beweiskraft mancher Stalinschen Theorien ist nicht gewachsen durch die Form ihrer Durchsetzung.

Ein zweiter Grundzug des Briefes ist der unstillbare Haß gegen Trotzki, dessen Richtung als „Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie" bezeichnet wird. Das ist nicht mehr nur eine „sportsmäßige Hetze", sondern ein infamer Angriff gegen einen Revolutionär, der gerade auch in den Jahren seiner Verbannung bewiesen hat, daß er ein revolutionärer Marxist ist, dessen Kritik an manchen Auswüchsen des Stalinkurses wertvollste Hinweise auf Beseitigung dieser Auswüchse gegeben hat. Stalin sollte mit seinen apodiktischen Verordnungen auf dem Gebiete der Theorie und Taktik etwas vorsichtiger sein in einer Zeit, wo die Fragen der Wechselbeziehungen der kapitalistischen Umwelt zum Aufbau des Fünfjahresplanes eine so wichtige und entscheidende Rolle zu spielen beginnen, daß sie kaum mehr mit der absoluten Formulierung vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande" in Einklang zu bringen sind.

Aber immerhin, in der Debatte mit Trotzki handelte es sich noch um Probleme des Aufbaues der Sowjetunion, in denen Stalin sich auskennt. Wenn er dagegen in seinem neuen Brief einen Exkurs in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung macht und die Wechselbeziehungen zwischen Bolschewismus und linker Opposition innerhalb der zweiten Internationale der Vorkriegszeit behandelt, kommt eine Verzerrung der historischen Linie heraus, die mit Marxismus und auch mit Lenins Haltung in der umstrittenen Frage wenig mehr zu tun hat.

Mit denselben groben, illoyalen Methoden, die er Trotzki gegenüber gehandhabt hat und noch weiter handhabt, wirft Stalin kurzerhand auch Rosa Luxemburg in die zentristische Wolfsschlucht und von dem ganzen Entwicklungsprozeß innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, der die Spaltung in zwei und dann in drei Richtungen hervorrief, bleibt nur der Vorwurf, daß das bolschewistische Beispiel der Parteispaltung trotz Lenins Drängen nicht befolgt wurde. So einfach liegen die Dinge nicht, und bei aller Hochachtung vor der historischen Leistung der Bolschewiki und bei aller Kampfverbundenheit wollen wir doch nicht vergessen, daß die Geschichte einen längeren Atem hat als Josef Stalins historische Ausflüge und daß es gewisse ökonomische und politische Voraussetzungen innerhalb jeder Bewegung gibt, die erfüllt sein müssen, wenn sie eine höhere Stufe erreichen will.

Es ist eine billige, aber falsche und irreführende Methode, den Gegensatz zwischen Menschewismus und Bolschewismus innerhalb der russischen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit mechanisch auf alle anderen Länder zu übertragen und nun der Opposition beispielsweise in Deutschland einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie nicht bolschewistisch war. Entschuldigen Sie, Genosse Stalin, das konnte sie nicht sein, und es ist bezeichnend für den wirklichen Stand der deutschen Arbeiterbewegung, daß die politischen Uebersetzungen aus dem Russischen,

Früchte des Wirtschaftsbeirats

Berlin, 23. November.

Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der sich zu diesem Zwecke in die Reichskanzlei begeben hatte, fand am Montag vormittag die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung statt.

Reichskanzler Dr. Brüning berichtete über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen, worauf Reichsbankpräsident Dr. Luther und einige Reichsminister und Mitglieder des Wirtschaftsbeirates ergänzende Ausführungen machten.

Wie die Reichsregierung bei Einberufung des Wirtschaftsbeirates und erneut im Verlaufe seiner Verhandlungen erklärt hat, ist sie sich ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung voll bewußt, in eigener Verantwortung die für die Gesundung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen beschleunigt zu treffen. Die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates bieten für die bevorstehenden Entschließungen der Reichsregierung wertvolle Anregungen, denen bestimmte Auffassungen zu entscheidenden Fragen der inneren deutschen Wirtschaftspolitik zugrunde liegen.

Am Schlusse der Sitzung gab der Vertreter der Freien Gewerkschaften Graßmann gleichzeitig im Namen des christlichen Gesamtverbandes und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften eine formulierte Erklärung ab. Diese Erklärung für drei Gewerkschaftsverbände besagt, daß die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat gezeigt haben, daß eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern unmöglich sei. Wenn sie zur Teilnahme an dem Wirtschaftsbeirat aufgefordert worden seien, um ein brauchbares und vor allem sozialgerechtes Wirtschaftsprogramm zu finden, das sowohl imstande sei, die Arbeitslosigkeit zu verringern, als auch für die breiten Massen die Lebenshaltungskosten zu senken, so hätten die Beratungen im Wirtschaftsbeirat bewiesen, daß
eine Uebereinstimmung über die Mittel und Wege zu diesem Ziel nicht zu erreichen seien. Die Gewerkschaften seien daher auch nicht imstande, den Schlußfolgerungen des Reichskanzlers zuzustimmen.

Graßmann forderte noch einmal die gesetzliche Festlegung der Vierzigstundenwoche mit Einstellungszwang und erklärte seinen und seiner Auftraggeber Bedenken gegenüber der vom Reichskanzler angekündigten Handhabung des Schlichtungswesens und der Verbindlichkeitserklärung. Er betonte außerdem, daß die Erläuterung des Reichskanzlers zu der beabsichtigten Preissenkung keine Gewähr biete, die Lebenshaltungskosten ausreichend zu senken, die um das Dreifache gegenüber dem Weltmarkt erhöhten Getreidepreise in Deutschland müßten vor allem durch Verminderung der übergroßen Handelsspannen gesenkt werden. Die Rede des Reichskanzlers lasse aber befürchten, daß die notwendige Senkung der Gestehungskosten einseitig durch Senkung der Löhne und Gehälter erfolgen wird. Eine solche Praxis würde dazu führen, daß die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter schrumpfen und damit die Gesamtwirtschaft weiterhin geschwächt würde.

Ueber die Rede des Reichskanzlers berichten wir an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe.

Der Weg in die Barbarei

Der Verband der Preußische Landgemeinden hielt am Sonntag einen Vertretertag ab. In seiner Entschließung heißt es: Die ungeheure Arbeitslosigkeit lasse sich nur durch Maßnahmen beheben, die die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß hineinführten. Der daneben notwendige Schutz für die ohne ihre Schuld aus dem Arbeitsprozeß hinausgeworfenen Menschen sei Aufgabe der Gesamtheit des Reiches, der Länder und Gemeinden. Die vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung und die Rückkehr zu der Erwerbslosenhilfe mit Nachprüfung der Bedürftigkeit sei eine unabwendbare Notwendigkeit. Dies sei ein unentbehrlicher Teil eines gerechten Finanz- und Lastenausgleichs. Weiter wird in der Entschließung auf die Gefahr hingewiesen, daß die Landgemeinden nicht mehr in der Lage seien, die Mittel für die Schulunterhaltung aufzubringen, und ferner drohe die völlige Einstellung selbst der dringendsten Aufgaben auf dem Gebiete des Wegebaues und der Wegeunterhaltung, weshalb die Einführung einer Betriebsstoffsteuer anstelle der Kraftfahrzeugsteuer verlangt wird.

die **Rosa Luxemburg vornahm**, nur von einem sehr kleinen Kreis in der deutschen Partei verstanden und aufgenommen wurden! Es bedurfte erst der Erschütterung des Kapitalismus in Deutschland durch den Krieg und der durch sie geschaffenen Revolutionisierung der Massen, damit der fortgeschrittenste Teil der deutschen Arbeiterklasse die Probleme und Losungen der Bolschewiki zu verstehen begann. Die Haltung, die Rosa Luxemburg, die ja als Mitglied des Zentralvorstandes der polnischen Linken an den russischen Fragen ebenfalls aufs stärkste interessiert war, in dem Streit über den Charakter der russischen Revolution einnahm, steht auf einem anderen Blatt.

Es wäre eine wichtige Aufgabe, die internationalen Wechselbeziehungen in ihrer Auswirkung auf die Taktik der sozialdemokratischen **Parteien der Vorkriegszeit zu untersuchen, aber der Brief Stalins ist kein Beitrag dazu.**

Wann kam die Spaltung in Deutschland?

Wer auf **den Schultern** eines Riesen steht, schaut **größer aus, als er in Wirklichkeit ist.** Daß **er deshalb auch immer weiter sieht, ist** leider nicht der Fall. Wir können das feststellen an so manchen Kommunisten in Deutschland, die sich, gestützt auf die Autorität der siegreichen russischen Revolution, mächtig groß vorkommen und dabei doch häufig genug in ihren politischen Entscheidungen eine Kurzsichtigkeit beweisen, die nicht mehr zu überbieten ist. Diese Kurzsichtigkeit äußert sich auch in ihrer Einstellung zu allen nicht mit dem Stempel hundertprozentiger Boschewisierung versehenen oppositionellen und revolutionären Richtungen der Arbeiterbewegung. Sie äußert sich in den Betrachtungen der Vergangenheit genau so wie in der Stellungnahme zu Gegenwartsfragen.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist auf einem andern ökonomischen und politischen Boden aufgewachsen als die russische, und es hat mit Marxismus nicht das geringste mehr zu tun, wenn man diese Tatsache nicht berücksichtigt und nach Schema F glaubt, mit dem Ueberziehen der bolschewistischen Russenbluse sei die Frage gelöst, in welchen organisatorischen und ideologischen Formen der revolutionäre Fortschritt sich vollzieht.

Die deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit entwickelte sich als eine legale Massenpartei, wobei diese Legalität unter dem Sozialistengesetz erkämpft und durch die Herrschaft des Halbabsolutismus in Deutschland ständig bedroht war. Die Spaltung in Deutschland wurde nicht akut, weil die Zuspitzung der Klassengegensätze und die politische Struktur Deutschlands einerseits dem Opportunismus im Reichsmaßstabe in gewissem Maße Zügel anlegte und andererseits weil die praktische Notwendigkeit einer revolutionären Taktik mit schärfster Herausarbeitung aller Grundsätze noch nicht in dem Maße wie im Rußland der Vorkriegszeit gegeben war. Es ist kein Zufall, daß in Deutschland dort, wo der Opportunismus in stärkerem Maße sich praktisch auswirken konnte, wie zum Beispiel in Wüttemberg, in den letzten Jahren vor dem Kriege innerhalb der Sozialdemokratie ein offener Krieg herrschte und ein vollendeter Zustand der Spaltung vorhanden war, der dann auch im Frühjahr 1915 zur organisatorischen Trennung führte. Im übrigen Reich waren die Verhältnisse sehr verschieden, denn auch die politischen Voraussetzungen waren nicht dieselben. Der Krieg schuf allerdings auf der ganzen Linie die Voraussetzungen wie auch die Notwendigkeit der Spaltung; denn jetzt wurde aus theoretischen und taktischen Diskussionen die Erfahrung der beiten Massen,

das Erlebnis der Klasse.

Und Massenorganisationen spalten sich erst dann, wenn die Massen an die Mauern einer klassenfeindlichen Politik stoßen. Hier herrschen andere Gesetze als in den kleinen Kreisen illegaler, revolutionärer Gruppen, wie sie die Bolschewiki der Vorkriegszeit hatten. Eine straffe, zentralistische Kampforganisation ist leichter zu spalten und zu „reinigen" als eine breite, auf der Basis der inneren Demokratie entstandene Massenbewegung.

Weil er von einer Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse im Deutschland der Vorkriegszeit vollständig absieht und nur das Schema der bolschewistischen Parteientwicklung vor Augen hat, mußte Stalin in seinem Brief zu Urteilen kommen, die nicht nur schief, sondern auch für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Deutschland sehr gefährlich sind. Mit diesem Brief in der Tasche werden die kommunistischen Funktionäre ausziehen, um den „zentristischen" Feind zu bekämpfen. Anstatt sich über jede Schwächung des reformistischen, sozialdemokratischen Lagers und jede Stärkung der revolutionären Front zu freuen und durch ernste Diskussionen und praktische gemeinsame Erfahrungen mit den Genossen der SAP., die dieses Lager verlassen haben, die Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats in Deutschland zu prüfen und an seiner Verwirklichung zu arbeiten, geht die sportsmäßige Hetze lustig weiter und wird die notwendige Einheit aller revolutionären Kräfte in Deutschland verhindert. So bedeutet diese Bannbulle Stalins gegen den „Zentrismus" die Errichtung einer neuen trennenden Barriere bei der Schaffung der proletarischen Einheitsfront.

Unsere Genossen werden nun erst recht mit allen Kräften, getragen von der Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses, an der Verwirklichung dieser Einheitsfront arbeiten.

Reichswehr und NSDAP

Wieder einmal: Schwarze Reichswehr | Röhms Besuch bei Schleicher

Der Besuch, den Hitlers Stabschef, Hauptmann Röhm, wie wir am Sonntag melden konnten, im Laufe der vergangenen Woche im Reichswehrministerium abgestattet hat, macht es notwendig, den Besprechungen zwischen Reichswehrleitung und Nationalsozialisten erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und vor allem die Grundlagen dieser Besprechungen einer rückschauenden Betrachtung zu unterziehen.

Die Verhandlungen, die seit dem 10. Oktober zwischen dem Reichswehrministerium und der Reichsleitung der NSDAP geführt werden, bezwecken einerseits die Eingliederung der Hitlerschen Privatarmee in das staatliche Gefüge —, andererseits legt die Reichswehrleitung den größten Wert darauf, den Sturm-Abteilungen der Nazis jeden Anspruch auf selbständiges Handeln für die Zukunft zu nehmen.

Den Ausgangspunkt für diese Besprechungen bildet die Audienz, die der nationalsozialistische Führer am 10. Oktober, am Tage vor der Harzburger Tagung, beim Reichspräsidenten hatte. Herr von Hindenburg war es, der Herrn Hitler zum General von Schleicher schickte, nachdem Hitler zunächst seine vielfach verkannte Loyalität gegenüber der Reichswehr unter Beweis gestellt hatte. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung hatte Hitlers Begleiter, der frühere Fliegerhauptmann Goering, die Bereitschaft der Hitlerpartei bekanntgegeben, ihre militärischen Körper in den Dienst der Abwehrbestrebungen gegen Auflehnungsversuche der Arbeiterschaft zu stellen. Auch wurde Klage geführt, daß der preußische Innenminister die Schlagkraft der Hitlerschen Truppen durch die Aufhebung der SA-Kasernen erheblich zu schwächen suche und geschwächt habe.

Der Reichspräsident meinte, daß dem Wehrminister die Schaffung einer Heeresreserve willkommen sein dürfte und wies Herrn Hitler an Groener, der sehr schnell Weisung gab, daß der Chef des Ministerialamts, General von Schleicher, den Naziführer empfing.

Den beiden Unterhaltungen, die in der Dienstwohnung von Schleichers in der Alsenstraße in Berlin stattfanden und deren Inhalt die künftige Verwendung der Hitlerschen Privatarmee war, wobei die Möglichkeit ins Auge gefaßt wurde, einzelne Körper der SA zunächst als „Werkspolizei" in „gefährdeten" Industriebezirken einzusetzen, um die Verbände erst nach und nach in ihre staatsschützenden Aufgaben hineinzuführen, ist nun der Besuch Röhms gefolgt, bei dem bereits über Einzelheiten der Organisation und der Taktik gesprochen werden konnte.

Wir sind auch davon unterrichtet, daß General von Schleicher unter Bezugnahme auf die durchaus schlechten Erfahrungen, die seine Behörde bei früheren Versuchen der Zusammenarbeit mit nationalen Verbänden gemacht hat (Schwarze Reichswehr und Fememorde!), den allergrößten Wert darauf gelegt hat,

die Aufsicht der Reichswehr über die Sturm-Abteilung

in erheblich schärferer Form festzulegen, als dies bei den früheren Experimenten der Fall war.

Die Totenfeier im Wirtschaftsbeirat

Der Abschluß der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates war ein Versuch, die gescheiterte Uebereinstimmung im Wirtschaftsbeirat durch eine Formulierung von „Leitlinien" zu verdecken, für die der Reichskanzler eine Mehrheit im Wirtschaftsbeirat hoffte erreichen zu können. Dieser Versuch ist gescheitert, da die Leitlinien der Reichsregierung, die wahrscheinlich noch diese Woche auf dem Wege einer Notverordnung als „Winterprogramm" zum Gesetz erhoben werden, jetzt bereits erkennen lassen, daß die neue Notverordnung alle bisherigen an Reaktion und einseitiger Belastung der Arbeiterschaft übertreffen wird.

Die Arbeiter wird vor allen Dingen interessieren, was der Kanzler der Bourgeoisie über die Preisbildung zu sagen wußte. Er kann die Ueberhöhung der Preise nicht zu leugnen wagen. In unverbindlichen Formulierungen verspricht er wie schon oft „eine Lockerung der Bindungen", wobei er genau so wie die Oeffentlichkeit wohl weiß, daß solche Ankündigungen nicht zum ersten Mal erfolgt sind, und daß die Reichsregierung trotz einer Notverordnung gegen die Kartelle bisher nicht einmal einen Versuch wagen dürfte, gegen die gebundenen Preise vorzustoßen. Ausdrücklich lehnt er außerdem eine allgemeine Senkung der Preise ab.

Dagegen erklärt er, daß eine

„Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich"

sei. Zwar soll der Grundsatz des Tarifvertrages erhalten bleiben. Auch das Schlichtungswesen soll nicht geändert werden. Aber er betont ausdrücklich, daß

„eine veränderte Handhabung" des Schlichtungswesens notwendig

sei. Obwohl die Arbeiterschaft sich kaum noch vorstellen kann, wie die Schlichtungsguillotine gegen die Arbeiter noch geschärft werden kann, so läßt doch diese Ankündigung des Reichskanzlers erwarten daß,

die bisherige Lohnabbauwelle nur ein Vorspiel für den Generalangriff des Unternehmertums und ihres Staatsapparates gegen die Existenz der Arbeiterklasse gewesen

ist. Angesichts der Elendslöhne der Arbeiterschaft wagt dieser Kanzler der Bourgeoisie zu erklären:

„Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen".

Und fährt fort: „Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind örtliche Verschiedenheiten, zeitliche Veränderungen, branchenmäßige und betriebliche Unterschiede, die Einzelunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen".

Im übrigen begnügt sich der famose Wirtschaftsbeirat „davon zustimmend Kenntnis zu nehmen", daß die Reichsregierung auf eine Herabsetzung der öffentlichen Tarife hinzuwirken beabsichtige. Die Herren Sachverständigen und Regierungsmitglieder wissen zu genau, daß eine solche Tarifsenkung heute nicht durch einen Mehrkonsum ausgeglichen werden kann, wenn gleichzeitig das Einkommen der Arbeitermassen noch weiter gesenkt wird. Ebenso unverbindlich bleibt die Ankündigung einer Herabsetzung der Mieten. Verbindlich bleibt nur die Ankündigung, daß die Wohnungszwangswirtschaft weiter abgebaut wird und daß vor allem durch Notverordnung die Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer gesenkt werde.

Unverbindlich bleiben die Ankündigungen zur Frage der Organisation des Bankwesens. Die Regierung wird durch Notverordnung Bankwesen, obwohl die Banken aus öffentlichen Steuermitteln über Wasser gehalten werden, ernsthaft einzugreifen. Sie läßt die Banken, deren Versagen bis in die letzten Tage hinein die deutsche Wirtschaft von einer Katastrophe zur anderen treibt, genau wie bisher weiter wirtschaften.

Mit dem Scheitern des Wirtschaftsbeirates ist auch die Regierung gescheitert.

Die Regierung wird ihre neue Notverordnung ein Winterprogramm dekretieren, das Deutschland immer tiefer in die Wirtschaftskrise hineintreiben muß. Die Regierung, deren Kanzler soeben noch einmal gegen die Inflation Stellung genommen hat, treibt mit ihrer Wirtschaftspolitik auch

die Staatsfinanzen dem Abgrund

zu. Derselbe Kanzler, der im Sommer dieses Jahres

eine Erhöhung der Umsatzsteuer als allerletzte Notmaßnahme

gekennzeichnet hat, wird angesichts der vernichtenden Auswirkung seiner Wirtschaftspolitik nunmehr gezwungen sein, diese letzte Notmaßnahme durchzuführen und, wie mit großer Wahrscheinlickeit zu erwarten ist,

die Umsatzsteuer zu verdoppeln.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse auch diese Notverordnung toleriert, diese ihr auferlegte Not duldet, dann wird dieser Winter ein Winter der Katastrophe werden. Niemals hat eine bankrotte Regierung, wie es die Regierung Brüning ist, mit größeren Worten sich selbst die Leichenrede gehalten. Die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats war eine Totenfeier. Die Totenfeier des deutschen Kapitalismus und der deutschen Bourgeoisie.

Man hat's eilig!

Fünfzigprozentiger Schutzzoll

London, 21. November.

Kaum neun Stunden nach der königlichen Zustimmung zu dem Gesetz über die anormale Einfuhr hat das Handelsamt in Uebereinstimmung mit dem Schatzamt bereits die erste Verfügung veröffentlicht. Darin belegt es auf Grund der ihm durch das erwähnte Gesetz erteilten Ermächtigung mit Wirkung vom 25. November eine große Anzahl von Fertig- und Halbfertigwaren mit einem Wertzoll von 50 Prozent.

Loucheur gestorben

Paris, 23. November.

Der ehemalige Minister und Abgeordnete Louis Loucheur ist am Sonntag nachmittag gestorben. Er war von Hause aus Ingenieur und wurde erst im Jahre 1917 durch Painléve in die politische Laufbahn eingeführt. Während des Krieges versah er zunächst das Amt eines Unterstaatssekretärs im Rüstungsministerium, um sodann auf dem gleichen Arbeitsgebiet zum Minister aufzurücken. Nach dem Kriege wirkte er an der Seite Clemenceaus an dem Versailler Vertragswerk mit und wurde mit der Leitung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete betraut. Später gehörte er verschiedenen Kabinetten an und hat die Ministerien für die befreiten Gebiete, Handel, Marine, Post, Finanzen, Arbeit und Wirtschaft geleitet. In der Kammer gehörte er der Radikalen Linken an.

Sein Name ist in Deutschland vor allem durch die Verhandlungen mit Rathenau bekanntgeworden. Es war der Versuch, die Reparationsfrage vor allem durch einen Sachlieferungsplan zu regeln. Auch am Locarno-Vertrag hat Loucheur als Wirtschaftspolitiker mitgearbeitet.

Sozialistischer Nachwahlsieg in Frankreich. Bei einer Nachwahl zur Kammer wurde in Montlucon an Stelle eines verstorbenen sozialistischen Abgeordneten der sozialistische Kandidat Dormoy, Bürgermeister dieser Stadt, mit 8406 Stimmen gewählt, der kommunistische Kandidat erhielt 4385 Stimmen.

Nazi machen ein Heimarbeiterdorf bankerott

300 000 Mark unerlaubte Kredite

Zwota ist die Nazihochburg im Klingenthaler Bezirk des oberen Vogtlandes. Ein typisches Heimarbeiterdorf. Den Leuten geht es schlecht, miserabel schlecht. Kein Wunder, daß sie den Nazis in Massen nachlaufen. Vor zwei Jahren eroberten sie die Gemeindeverwaltung. Der Nazihäuptling Heckel wurde Stellvertreter des Bürgermeisters. Er regierte sogar ein Vierteljahr als Bürgermeister, weil man den Bürgermeister abgesägt hatte und der neue noch nicht zur Stelle war. In diesem Vierteljahr merkte der kluge Stellvertreter von dem Unheil nichts, das sich über der Gemeinde zusammenzog. Um eine gepfefferte Entschädigung für seine Stellvertretung kümmerte sich der selbstlose Jünger des Dritten Reiches, aber einmal danach zu fragen, ob in der Girokasse der Gemeinde alles in Ordnung sei, vergaß der Erneuerer Deutschlands. Und ob er gleich 2. Vorsitzender des Kreditausschusses ist, Kaufmann und Drogist, und wissen konnte, daß man Mißwirtschaft bei Geldsachen suchen muß, stellt er sich jetzt vollständig überrascht, daß die kleine Gemeinde, deren ganzer Girobestand kaum über eine Viertel Million Mark beträgt, einer Firma, die den Vergleich anstrebt, allein rund 300 000 Mark Kredite ohne Kenntnis des Kreditausschusses eingeräumt hat. Dieser Kredit ist zum großen Teil verloren.

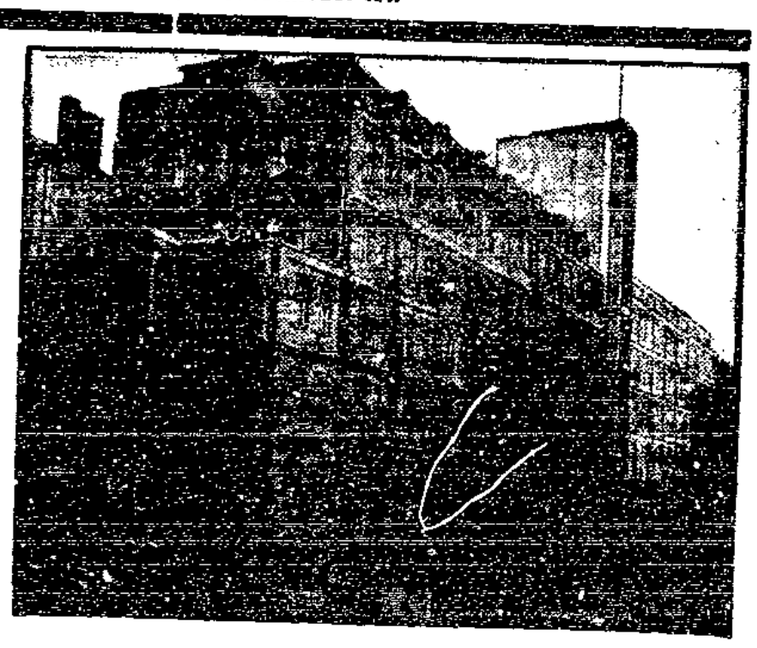
Die „Männer" des Dritten Reiches müssen eben schimpfen und beten; da bleibt zum Ausmisten keine Zeit, und Zwota ist also glücklich weit übers Dritte Reich hinaus bankrott.

Wundern muß man sich bloß, daß die Girozentrale in Dresden einer so kleinen und finanziell schon längst weit und breit bedauerten Gemeinde solche Riesenkredite gewährt und damit solche Zustände ermöglicht. Dabei heißt es immer, die Leute in der Girozentrale hätten kein Herz im Leibe.

Die spanische Präsidentenwahl erst im Dezember. Die Wahl des Präsidenten der Republik Spanien wird voraussichtlich am 10. oder 14. Dezember erfolgen, wenn die Verfassung verabschiedet ist.

Löhne sinken, ein Bankpalast wächst

Das neue Gebäude der Arbeiterbank in Berlin, über dessen Kosten und Ausstattung die „SAZ" kürzlich berichtet hat, vor der Vollendung



Beilage zur SAZ

1. Jahrgang Nr. 19
Dienstag, 24. November 1931

Die deutsche Novemberrevolution

9. Fortsetzung

Von Georg Ledebour

10. Der Arbeiter- und Soldaten-Kongreß am 10. November

Eine der Vereinbarungen zwischen den Reichstagsabgeordneten der beiden sozialistischen Parteien und den revolutionären Obleuten war, daß am folgenden Tage bereits eine Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins zusammentreten und über die Regierungsgewalt beschließen solle. Am Vormittag sollte gewählt werden, auf je 1000 Arbeiter oder Soldaten ein Vertreter. Nachmittags 5 Uhr sollten sie im Circus Busch zusammentreten. Ihr Zweck war Einsetzung der Regierung..

Das war zweifellos eine überhastete Vorkehrung. Die einzige Entschuldigung dafür ist, daß die mit der Obersten Heeresleitung der Entente-Mächte eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden mußten. Dazu brauchte Deutschland eine von der siegreichen revolutionären Volksmasse legalisierte Regierung. Der tatsächlichen Lage entsprach es deshalb, diese Legalisierungsfunktion den A- und S-Räten Berlins zu übertragen, da die Einberufung eines in ganz Deutschland gewählten A- und S-Kongresses eine viel zu lange Zeit in Anspruch genommen hätte.

Die SPD-Führung hat es nun trefflich verstanden, im Voraus diesen Kongreß zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie berief zum Mittag 2 Uhr die Regierungsvertreter zu einer Vorbesprechung zusammen. 148 Soldatenvertreter fanden sich dort ein. Sie wurden von Otto Wels auf die Regierungspläne der SPD festgelegt.

Um 5 Uhr war der Circus Busch vollständig gefüllt mit Arbeitern und zum großen Teil bewaffneten Soldaten. Die bisher noch gefangen gehaltenen Genossen waren am Tage vorher befreit worden, darunter Däumig und der Oberleutnant Walz. Die gleichfalls befreite Rosa Luxemburg war nicht gekommen. Den Vorsitz übernahmen für die Arbeiter Emil Barth, für die Soldaten Walz. Es wurde eine Resolution angenommen, deren entscheidende Sätze lauten:

„Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlin bestätigt ist, wird in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen. Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser, als die Fortsetzung des ungeheuren Massenschlachtens.

Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation ohne starke Erschütterung durchführbar..... Der A- und S-Rat ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in der ganzen Welt sich eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern.

Er gedenkt mit Bewunderung der russischen Arbeiter und Bauern, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind. Er ist stolz, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen gefolgt sind und damit den alten Ruhm, Vorkämpfer der Internationale zu sein, wahren. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenvereinigung seine brüderlichen Grüße."

Alle die in dieser Resolution ausgedrückten Hoffnungen blieben unerfüllt. Den Sozialisten der Siegerstaaten ist es nicht eingefallen, ihrer internationalen Pflicht gemäß für einen Frieden der Gerechtigkeit zu sorgen. Für die Erfüllung seiner Sozialisierungspläne hätte der Kongreß aber selbst dadurch sorgen müssen, daß er nur Männer mit der Regierungsgewalt betraute, die zur Verwirklichung des Sozialismus fest entschlossen waren. Statt dessen ermöglichte der Kongreß durch seine Beschlüsse die Abwürgung aller Sozialisierungspläne.

Es entspann sich eine heftige Debatte darüber, ob die zu schaffenden Regierungskörperschaften paritätisch, also aus einer gleichen Anzahl Sozialdemokraten und Unabhängigen, oder nur aus erwiesenen sozialistischen Revolutionären zusammengesetzt werden sollten. Unter den Arbeitervertretern hatten wir zwar die Mehrheit, aber die von Wels vorher bearbeiteten Soldatenvertreter standen fast durchweg auf der andern Seite. Schließlich pflanzten die Soldaten die Bajonette auf, indem sie schrien, sie würden niemand lebendig aus dem Saale herauslassen, wenn nicht die Parität beschlossen würde. Das war die „demokratische" Methode, mit der die Sozialdemokraten bewiesen, daß sie wirklich aus gefügigen Werkzeugen des monarchistischen Imperialismus von einem Tag zum andern zu wahrhaften sozialistischen Republikanern umgemodelt worden waren.

So kam der Beschluß zustande, dem paritätisch zusammengesetzten Rat der Volksbeauftragten die gesamte Exekutiv- und Legislativgewalt provisorisch zu übertragen. Die endgultige Entscheidung über die Verfassung blieb einem demnächst einzuberufenden allgemeinen deutschen Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Rate vorbehalten. Zu seiner Kontrolle, aber ohne Eingriffsgewalt wurde ein Ausschuß der A- und S-Räte eingesetzt, für den ich an Stelle des schleppenden Fremdworts Exekutiv-Komitee den kürzeren und wohlklingenden deutschen Ausdruck Vollzugsrat geprägt hatte. Außerdem wurde aber auch für die preußischen Ministerien die Doppelbesetzung durch je einen Sozialdemokraten und einen Unabhängigen vorgesehen. Die Regelung der Reichsverwaltung wurde den Volksbeauftragten überlassen. Da die SPD-Vertreter bei den Abstimmungen durch Stimmengleichheit jede ernstlich sozialistische Neuerung verhindern konnten, kam die Neuregelung darauf hinaus, daß im Reich wie in Preußen die Bürokratie im alten Trott weiterregieren konnte.

Man hat es mir damals in den Kreisen meiner Parteigenossen von der USP sehr verübelt, daß ich mich weigerte, in diesen meiner Ueberzeugung nach zur Unfruchtbarkeit verdammten Rat der Volksbeauftragten einzutreten. Es ist mir oft im Leben so gegangen, daß ich Situationen rechtzeitiger erkannte und Personen früher durchschaute, als meine Freunde. Ich geriet dann in den Geruch des eigensinnigen Eigenbrötlers, bis die Entwicklung der Dinge mir oft erst nach Jahren recht gab. Damals, Ende 1918, hat es nur sechs Wochen gedauert, bis der Rat der Volksbeauftragten an den reaktionären Manövern Eberts zerkrachte.

Nachher hat sich obendrein herausgestellt, daß ich Ebert noch viel zu günstig eingeschätzt hatte. Vor kurzem ist in der SAZ wieder die Aussage Groeners im Dolchstoß-Prozeß 1925 veröffentlicht worden, aus der hervorgeht, daß der Volksbeauftragte Friedrich Ebert, der als letzter wilhelminischer Kanzler im Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße einfach sitzen geblieben war, sich von seinem Arbeitszimmer aus nach dem Hauptquartier einen Geheimdraht legen ließ und dann allabendlich telefonisch sich hinter dem Rücken seiner unabhängigen Kollegen mit Hindenburgs Generalstabschef Groener darüber verständigte, was im Interesse der Reaktion unternommen werden müsse.

Diese reaktionäre Geheimstrippe ist ein Symbol der tatsächlichen Zustände in unserm „Vaterland der Gottesfurcht und guten Sitte". Denn es ist grauenvoll: Es gibt auch heute noch in Deutschland Millionen, die dieses Verfahren Eberts als einen Beweis staatsmännischer Schlaue bewundern. Wenn ich deshalb jetzt die Reden so mancher Politiker lese, drängt es sich mir immer auf die Lippe: Nun ja! Das klingt ja ganz passabel, aber was quaddelst du unterdes auf deiner Geheimstrippe?

(Weitere Artikel folgen.)

Zuckerrüben — Viehfutter!

Soll dieses System fortbestehen?

Löbau, 23. November.

Die Kampagne in der Zuckerfabrik ist in diesem Jahre bereits beendet. Es kommen tausende Zentner Zuckerrüben weniger zur Verarbeitung als in anderen Jahren, um das Zuckerangebot nicht noch zu vergrößern und die Preise hochhalten zu können. Landwirte und Rittergüter werden ihre Rüben nicht los. Sie liegen in Haufen auf den Feldern, werden eingesäuert, um als Viehfutter verwendet zu werden oder werden einfach eingeackert, weil man die Kosten zur Futterverarbeitung scheut. Heilige Ordnung der Dinge: Hier Ueberfluß an Zucker und Vernichtung der Zuckerrüben, auf der anderen Seite in vielen Arbeiterfamilien Mangel an Zucker, weil man kein Geld hat, ihn zu kaufen.

*

Arbeiter, wie lange noch wollt ihr diesen Wahnsinn dulden?

Der verbrecherische Kapitalismus

Berlin, 23. November.

Gestern abend um 17.30 Uhr begab sich der 28jährige Sohn des Portiers im Hause Krefeluer Straße 27 nach vorangegangenen Streitigkeiten in der Familie in den Heizkeller des Hauses und brachte sich in selbstmörderischer Absicht eine schwere Schußverletzung im Kopf bei. Er wurde nach dem Krankenhaus in der Turmstraße geschafft, wo er in lebensgefährlichem Zustande darniederliegt. Der Grund zur Tat ist in langjähriger Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängenden häufigen Streitigkeiten in der Familie zu suchen. Am gestrigen Tage kam es zwischen den Portierseheleuten zu einer Schlägerei, in die auch der Sohn eingriff. Darauf wurde ihm von dem Vater das Haus verboten. Die Folge war der Selbstmordversuch

Aktion gegen Klassenjustiz ... in Amerika

In Amerika erregt wieder einmal der Fall Mooney Aufsehen, nachdem der New Yorker Bürgermeister Walker sich entschlossen hat, vermittelnd einzugreifen. Der radikale Arbeiterführer Tom Mooney wurde im Jahre 1916 wegen eines angeblichen Bombenwurfs in San Franzisko zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Seitdem ist das Urteil viel umstritten worden. Am Freitag fährt nun Bürgermeister Walker nach Kalifornien, um in seiner Eigenschaft als Anwalt den Gouverneur des Staates von der Unschuld des Verurteilten zu überzeugen.

*

Der Fall Mooney ist ein ebenso krasses Beispiel für die rücksichtslose Terrorjustiz in USA gegen Arbeiter wie die Ermordung Saccos und Vanzettis. Mit dem einzigen Unterschied, daß man Mooney den elektrischen Stuhl erspart hat und ihn langsam im Zuchthaus verkommen lassen will. Das Abschreckungsexempel genügt ja auch so! Immerhin ist es ein schmaler Lichtstreifen, daß ein so bekannter Mann wie „Jimmy" Walker gegen diesen Justizmord kämpfen will. Der vergangene Oberbürgermeister von Berlin hatte ja andere „Sorgen", als sich für ein Opfer der Justiz einzusetzen, und der neue Mann....? Bis jetzt haben wir von einer derartigen Aktion des Herrn Sahm nichts gehört. Sollte ihm „nicht bekannt" sein — wir sind bereit, ihm einige „Fälle" zur beliebigen Auswahl vorzulegen. Und unser Angebot — wir sind nicht peinlich! — gilt auch für andere und höchste Würdenträger, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit; es muß nicht ein Oberbürgermeister, es kann auch ein Minister sein, selbst ein Justizminister! Wir hoffen, die Herren werden sich drängen!

Wenn Morgan bedroht wird ...

Pierpont Morgan und andere hervorragende Finanzmänner der New Yorker City erhielten Drohbriefe, die von einem „Kommunisten" unterschrieben waren. Diese Drohbriefe wurden dem New Yorker Justizdepartement übergeben, das die strengsten Sicherheitsvorkehrungen traf, in Erinnerung daran, daß in ähnlichem Zusammenhange in den Morganbüros im Jahre 1920 eine schwere Explosion stattgefunden hatte, bei der 14 Personen getötet und 400 verwundet wurden. Nunmehr wird das Finanzzentrum von New York von der Polizei sorgfältig überwacht. An allen sehr wichtigen und strategisch bedeutenden Punkten der City sind Wachtposten in Bereitschaft, die mit Tränengasbomben und Maschinengewehren gut ausgerüstet sind. Die üblichen Polizeipatrouillen wurden verdoppelt.

Frau Marie Juchacz

gegen die Befreiung einer unschuldigen Frau!

Vor mehreren Monaten wurde in Indien die Frau des Gewerkschaftssekretärs Ruegg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, ohne daß ihr irgend etwas anderes vorgeworfen werden konnte, als daß sie die Frau ihres Mannes ist. Von ihrem dreijährigen, kranken Kind getrennt, schmachtet die unglückliche Frau im Changaier Gefängnis. Eine große Anzahl Frauen aller Parteien haben sich zusammengeschlossen, um „im Namen von Millionen Frauen und Müttern allerschärfsten Protest" gegen diese Ungerechtigkeit und Roheit zu erheben. Nur eine von Hunderten von Frauen, die aufgefordert wurden, diesen Protest zu unterschreiben, weigerte sich: es war die sozialdemokratische Abgeordnete Marie Juchacz, Mitglied des Parteivorstandes und Vertreterin der sozialdemokratisch organisierten Frauen . . .

Kommentar überflüssig!

42 Tote!

Die Katastrophe von Bentley

WTB Doncaster, 22. November.

Das furchtbare Grubenunglück in Bentley (Grafschaft York) hat bis jetzt 42 Opfer gefordert. Jede Hoffnung, die fünf noch eingeschlossenen Bergarbeiter zu befreien, mußte aufgegeben werden.

Die Mutter Indiens

Seltsame Wege und Umwege ist Annie Besant gegangen, die in diesen Tagen, vierundachtzig Jahre alt, gestorben ist. Durch alle großen geistigen Strömungen der Gegenwart hat sie sich tapfer hindurchgekämpft, um schließlich im hohen Alter ihrem Leben einen einzigen Sinn zu geben, dem sie jede Stunde geopfert hat: dem Kampf für das unterjochte Volk Indien.

Sie stammt aus dem englischen Mittelstand, heiratete einen englischen Geistlichen, und schien bestimmt, eine gut bürgerliche, beschränkte Pfarrersfrau zu werden. Aber die Enge des Puritanismus wurde ihr unerträglich, sie schloß sich dem großen Bekämpfer der anglikanischen Kirche, Charles Bradlaugh, an und wurde bald als Rednerin seines Kreises bekannt. Aber auch aus dieser Enge löste sie sich und erkannte, daß freiheitliche Gedanken nur durch den Sozialismus erkämpft werden können. So wurde sie zu einer der begeistertsten Vorkämpferinnen der Fabiergesellschaft. Sozialistin im Ziel blieb sie auch, als sie, die ewig Ruhelose, mit vierzig Jahren noch eine große innere Wandlung durchmachte und sich zur theosophischen Bewegung bekannte. Diese seltsame Vereinigung von zwei an sich unvereinbaren Ideen brachte sie in geistige Nähe zur indischen Philosophie einerseits, zum Befreiungskampf des indischen Volkes auf der anderen Seite. Dem Kampfe für die indische Unabhängigkeitsbewegung widmete sie nun ihr ganzes Leben. Seit sie ihren Wohnsitz nach Indien verlegt, fühlte sie sich nicht länger als Engländerin; Indien wurde ihre eigentliche Heimat, „Mutter Indiens" wurde sie von dem indischen Volke genannt. In Benares gründete sie eine Erziehungsanstalt für Hindumädchen. Wegen ihrer Stellungnahme für den indischen Befreiungskampf wurde sie häufig verhaftet und verbrachte lange Zeiten in Gefängnissen.

In der indischen Politik spielte sie eine besondere Rolle. Sie stand in Gegensatz zu Gandhi und lehnte den passiven Widerstand ab. Aber ihr Einfluß auf die Geschehnisse der indischen Politik war trotzdem groß. An dem Verfassungsentwurf hat sie führend mitgearbeitet, ihr Verdienst war es, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden durchgesetzt wurde. Die Gesetzentwürfe, die sie ausgearbeitet hat, wurden durch die Arbeiterregierung dem Parlament zugeleitet.

Fenner Brockway schreibt über sie in seinem Indien-Buch: „Frau Besant ist eine der interessantesten und einflußreichsten Persönlichkeiten. Obwohl sie jetzt über achtzig Jahre alt ist, arbeitet sie noch unermüdlich für die Sache des indischen Nationalismus. Sie ist eine eindrucksvolle Erscheinung in ihrem langen gelblichen Gewand; sie hat einen sehr schönen Kopf, ihre Stimme ist tief und voll; ihr Einfluß und ihr Ansehen gründen sich auf ihr scharfes Denken und geistige Ueberlegenheit. Indien ist ihre geistige Heimat; sie selbst betrachtet sich mehr als Inderin denn als Engländerin. Die höchste indische Ehre wurde ihr zuteil, als sie zur Präsidentin des indischen Nationalkongresses gewählt wurde."

Heute, in einem Augenblick, da noch ungezählte Männer und Frauen in den indischen Gefängnissen schmachten, trauert das ganze indische Volk um diese „Mutter". D. F.

„Wirtschaftsführer"

Verfaulungsprozeß einer überflüssig gewordenen Klasse

cz. Berlin, 21. November.

Die wenigsten von ihnen verdienen diesen stolzen Namen; denn wenn man das Endergebnis ihrer „Führung" betrachtet, so wird man leider nur zu häufig finden, daß sie sich nicht als erfolgreiche Führer, sondern als Schädlinge der Wirtschaft erwiesen haben. Wenn es auch die meisten vortrefflich verstanden, ihre persönlichen Interessen und die ihrer Clique in jeder Weise zu fördern und in die eigene Tasche hineinzuwirtschaften — die ihrer Leitung ausgelieferten Unternehmungen haben sie nicht selten in Grund und Boden „organisiert".

Vielfach durch Verwandten- und Klüngel-Wirtschaft schlimmster Art, durch schmutzige Intrigen („einer dieser Lumpenhunde wird vom anderen abgetan"), infames Strebertum ans Ruder gelangt, unter hochfahrendem, anmaßendem Benehmen das häufig vorhandene Manko an Wissen, Können und Erfahrung verbergend, dabei unverfroren in der Aneignung fremder Verdienste, den Wert der eigenen Regiekunst maßlos überschätzend, gehen sie alsbald darauf aus, alte, berufene Mitarbeiter überall auszuschalten, sie brutal an die Wand zu drücken und dafür ihre Kreaturen, aus deren Reihen sie bei ihren tollhäuslerischen Experimenten nicht den leisesten Widerspruch zu gewärtigen haben, überall hineinzuschieben und voranzubringen. Versessen darauf, überall nur den eigenen Willen herrschen zu lassen, rücksichtslos, besonders denen gegenüber, die von ihnen abhängig sind, den Gewalt-, Ich- und Tatmenschen stets kraß hervorkehrend, kein Recht, als nur das des Stärkeren respektierend, Gesetze, die ihnen unbequem, mißachtend, jede in ihrem Machtbereich sich regende Individualität, jede Initiative niederhaltend und niedertrampelnd — so sehen wir diese Halbgötter vor uns, die das Schicksal von vielen Tausenden in Händen halten und Schindluder damit treiben.

Der tyrannische Hochmut schlägt jedoch meist in jämmerlichsten Kleinmut um, wenn einmal solch ein Wirtschaftsführer (was leider noch viel zu selten vorkommt) genötigt wird, in aller Oeffentlichkeit über sein geschäftliches Tun und Lassen, seine wüsten Schiebereien Rechenschaft abzulegen, weil sie beim besten Willen nicht länger vertuscht werden konnten. Dann läßt ihn seine Arroganz, sein verstiegenes Selbstbewußtsein schmählich im Stich; sein sonst so bewunderungswürdiges, fabelhaftes Gedächtnis versagt; er kann sich an gewisse Vorgänge absolut nicht mehr erinnern; er ist erbärmlich genug, sich feige hinter Untergebenen- sogar hinter Verstorbenen, zu verkriechen, um nur der gefürchteten Verantwortung zu entgehen, seinen eigenen Leichnam, seinen Raub in Sicherheit zu bringen. Dann ist solch ein Kraftstoffel, der eben noch den stahlharten Autokraten gemimt, sich Napoleons-Allüren zugelegt, vernehmungs- und erst recht haftunfähig; er, der sonst kaltblütig „über Leichen ging", hat auf einmal sogar „Nerven" bekommen, läßt sich von einem gefälligen, verständnisvollen Arzt äußerste Schonung verordnen und kriecht mit seiner „Psyche" ins Bett, nachdem er, wie das jetzt die Mode, programmäßig „völlig zusammengebrochen" ist und dem Gericht womöglich gar noch etwas vorgewinselt und vorgeheult hat.

So, deutsches Volk, sieht ein erklecklicher Teil deiner Wirtschafts-Koryphäen aus, die redlich dazu beigetragen haben und beitragen, dich ins Elend zu führen und darin versinken zu lassen, während sie sich selbst ohne Scham und Gram maßlos bereichern. Und um nur ja diesen Zustand zu verewigen, wird dir zugemutet, deine ohnehin schon erbärmliche Lebenshaltung immer noch mehr zu verschlechtern, nur damit jene geschont werden; und das alles ohne jede Aussicht, ohne Hoffnung auf eine Besserung.

Deutsch sein, heißt: eine Sache um ihrer selbst willen tun? Eine schöne Phrase, nichts weiter! Die Herren, die das Heft in der Hand haben, tun nichts um einer Sache selbst, sondern alles um des Profits willen. Nur dir wird zugemutet, dich vom Materialismus abzukehren und „idealistisch" zu denken und zu handeln. Die Rieseneinkünfte, die am wenigsten durch persönliche Arbeitsleistung, sondern mehr wohl durch öde Plusmacherei und schandbare Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten erzielt werden, sie waren schon in „normalen" Zeiten durchaus übermäßig; in Zeiten, wie die gegenwärtigen, in denen Millionen ehrenwerter Volksgenossen erwerbslos, bankrott, verarmt und unterernährt, von allem, was das Dasein lebenswert macht, entblößt, herumlungern, wo ganze Familien sich verzweifelnd durch Selbstmord freiwillig ausrotten — in solchen Zeiten muß es geradezu als aufreizend, als himmelschreiend empfunden werden, wenn einige tausend Ausbeuter mit Hunderttausenden formlich gemästet werden. Wieviel Existenzen könnte man mit den Summen, die hier verschleudert werden, über Wasser halten! Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Summen im Interesse der Volkswirtschaft so besser angelegt werden könnten, als wenn sie in den unergründlichen Taschen einzelner verschwinden und schließlich gar noch ins Ausland verschoben werden.

Wenn deutsch sein wirklich heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun, dann müßten doch auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens genug Persönlichkeiten zu finden sein, die freudig bereit wären, ihr hervorragendes Wissen und Können in den Dienst des Ganzen zu stellen, ohne zu beanspruchen, daß man sie dafür entlohnt, wie vorher regierende Fürsten und außerdem noch hochversichert! Selbst das Einkommen höchster Funktionäre des kapitalistischen Staates, deren Arbeitsleistung und Verantwortung ganz gewiß auch nicht geringer ist als die irgendeines Industrie-, Bank- oder Assekuranz-Monarchen, die doch wahrhaftig nicht zu den Hungernden gehören und deren Gehälter noch immer aufreizend auf die proletarischen Massen wirken müssen, erscheint im Vergleich mit denen der obenerwähnten „Großverdiener" fast armselig. Es war „notwendig" und möglich, Millionen von Menschen in Krieg und Tod zu hetzen, zu Krüppeln und Bettlern zu machen; es ist jetzt wiederum möglich, die vielgerühmte „freieste" Verfassung durch sich überstürzende Notverordnungen nahezu illusorisch zu machen; aber es ist dem Kapitalismus unmöglich, mit dieser schamlosesten Seite des Ausbeutertums fertig zu werden.

Um noch einmal darauf zurückzukommen: man soll sich davor hüten, diese „Wirtschaftsführer" und Industrie-„Kapitäne" zu überschätzen; sie sind es ja nicht, die durch ihre eigene Arbeit der Welt neue Wege weisen, neue Ausdehnungsmöglichkeiten schaffen; sie nutzen die Arbeit, die Ideen anderer nur aus. Manch einer dieser Größen, die als allumfassendes Genie gilt, ist lediglich ein Glücksritter, ein waghalsiger Spekulant, ein Hasardeur. Früher bedurfte es vieler Jahre, bevor ein Führer Vertrauen, Bewunderung seiner Mitmenschen erwarb und darin auch feststand. In unserer raschlebigen Zeit liebt man ein schnelleres Tempo und die Abwechslung, und mancher Durchschnittsmensch, der sich nur in Szene zu setzen, zu drapieren wußte, der weniger seiner eigenen Tüchtigkeit und Vortrefflichkeit als vielmehr der Unzulänglichkeit seiner Vorgänger, die ihm zur Folie diente (wenn nicht, wie schon angedeutet gemeinen Intrigen) seinen „Aufstieg" verdankt — mancher dieser Durchschnittsmenschen wird förmlich zwangsweise zum Genie, zur großen Kanone proklamiert; gewöhnlich folgt aber diesem Begeisterungsrausch der obligate Katzenjammer, sobald sich nämlich herausstellt, daß die große Kanone nur eine Atrappe, ein Popanz war und daß das strahlende Organisations-Genie, das ihm ausgelieferte Unternehmen an den Rand des Abgrunds gebracht und ein scheußliches Tohuwabohu, ein unentwirrbares Chaos hinterlassen hat. Nur ein gutes hat diese Entwicklung: Sie beweist an jedem Tage von neuem

wie überflüssig die „Wirtschaftsführer" für die Wirtschaft sind!

Wir werden in kürze Gelegenheit finden, uns mit einigen Wirtschaftsführern dieses Schlages und ihren Unternehmungen noch eingehender zu befassen.

Bisher ging alle Gewalt vom Geldsack aus. Nur durch rücksichtslose Bekämpfung des völkermordenden Kapitalismus in allen seinen Erscheinungsformen, wird das Wort „alle Gewalt geht vom Volke aus" zur Wahrheit werden.

Marxistische Büchergemeinde

Das vierte Buch erscheint noch Ende Dezember 1931.

Anna Siemsen

schreibt über

Sozialistische Programme

und

Sozialistische Arbeiter-Partei

Fackel und SAZ
Aus dem Inhalt: Auseinandersetzung der historischen Situation — bis Erfurt — bis Heidelberg —. Vergleich von Erfurter und Heidelberger Programm. Analyse des allgemeinen Teiles des Heidelberger Programmes. Aktionsprogramm. Die neue Situation und die SAP.

Das fünfte Buch erscheint im ersten Quartal 1932:

Gewerkschaften im Klassenkampf

Die Aufgaben der Gewerkschaften — Lage auf dem Arbeitsmarkt — Die Dauerarbeitslosigkeit — Der Berufstod — Kampfmethoden der Gewerkschaften — Gewerkschaftskonzentration gegen Kapitalskonzentration — Die Erfolgsmöglichkeiten in der Epoche des aufsteigenden und des niedergehenden Kapitalismus — Das wirtschaftsdemokratische Programm des Reformismus, sein Glück und sein Ende.

Das sechste Buch:

Der Faschismus

Der Terrorismus der Konterrevolution — Der Sieg des italienischen Faschismus — Mussolini — Der Faschismus als letzte Waffe der Bourgeoisie — Bourgeois-Diktatur und Faschismus in Deutschland — Das Programm des Faschismus — Abwehr des Faschismus.

Jedes dieser Bücher ist 12 Bogen stark und kostet im Buchhandel 4.75 Mark. Mitglieder der „Marxistischen Büchergemeinde" erhalten diese Bücher jedoch zum Preise von 3 Mark, die sie in Monatsraten von 1 Mark bezahlen können. Kein Eintrittsgeld — man kann jederzeit Mitglied der „Marxistischen Büchergemeinde" werden. Der Erwerb der Mitgliedschaft verpflichtet nicht zum Bezug früher erschienener Bücher, berechtigt aber zu deren Bezug zum Mitgliedspreis.

Die Unterzeichneten erklären ihren Beitritt zur „Marxistischen Büchergemeinde". Bestellungen sind zu richten an den örtlichen Werbeobmann, an jede Buchhandlung oder direkt an die

„Freie Verlagsgesellschaft",
Berlin-Tempelhof,
Hohenzollernkorso 67.
Postscheckkonto: Berlin 151 261.

Giftgaskochbuch für Jedermann

Gasschutz und verwandte Geschäfte — Geßler plant einen Aufruf an das deutsche Volk

Die Korrespondenz „Zeit-Notizen" hatte kürzlich von einem im Selbstverlag erschienenen Buch des bekannten Giftgasfabrikanten Dr. chem. Hugo Stoltzenberg-Hamburg Kenntnis gegeben, das unter dem Titel „Giftgaskochbuch für Jedermann" zu dem volkstümlichen Preise von 20 Mark käuflich ist und worin Anweisungen zur Selbstherstellung von Ultra-(Ueber)-Giften für den Gebrauch der „nationalen" Bürgerkriegs-Truppenteile gegeben werden. Alle berühmten deutschen Kampfgase, das Blaukreuz, Grünkreuz, das gefährliche Gelbkreuz und darüber hinaus die schweren Blut- und Nervengifte sind nach Stoltzenbergschen Rezepten herstellbar.

Das Buch ist eben von der Hamburger Polizeibehörde verboten worden.

Jetzt veröffentlicht die ZN-Korrespondenz eine sehr interessante Uebersicht über die Hintergründe der Gas-„Schutzbewegung" in Deutschland, auch nach personellen Gesichtspunkten, aus der hervorgeht, daß der Giftgasfabrikant Stoltzenberg gleichzeitig auch geschäftlich am Gas„schutz" interessiert ist.

Eine Doppelstellung, die merkwürdig nur finden kann, wer die Praktiken der Rüstungsindustrie nicht kennt. Schon die Firma Krupp in Essen fabrizierte neben den Kanonen und Geschossen von stärkster Durchschlagskraft auch die Panzerplatten, die diesen Geschossen widerstehen konnten.

Auch der moderne Priester des Kriegsgottes, Herr Stoltzenberg, zieht seine Gewinne aus Angriffswaffen und aus Schutz-Waffen.

Die Zeit-Notizen berichten über zwei derartige Verbände, der „Deutsche Luftschutzverband", eine Gründung des Reichsbürgerrats des Herrn von Loebell, der sich nun in dem ehemaligen Reichswehrminister Dr. Geßler einen neuen Vorsitzenden gegeben hat. Diesem Verband war bis vor kurzem

auch das Reichsbanner angeschlossen.

Im Juli 1931 wurde dann die „Deutsche Luftschutz-Liga" gegründet, die einen „Volksverein auf breitester Grundlage" darstellen will mit dem Ziel der „Ergänzung der Luftabwehrmaßnahmen der Behörden und der wirtschaftlichen Unternehmungen durch die Selbsthilfe der Zivilbevölkerung". Die Deutsche Luftschutz-Liga besitzt einen chemischen Unterausschuß, der die Abwehr-Apparaturen des Dr. Stoltzenberg empfiehlt.

Geschäftsführer der Liga ist der bekannte gelbe Gewerkschaftsführer Fritz Geisler. Leitend sind in ihr tätig die Herren Rühle von Lilienstern und Hanslian, der Verfasser eines Buches über den Gaskrieg. Ihre Namen gaben für die Bestrebungen der Liga her unter anderm die Herren Stadtbaurat Adler-Berlin; Staatssekretär Abegg vom preußischen Innenministerium; Generalleutnant von Altrock, Herausgeber des Militär-Wochenblattes; Ministerialdirigent Brandenburg, Leiter der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium; General a. D. Mertz von Quirheim, bisher Präsident des Reichsarchivs; Reichstagsabgeordneter Sachsenberg, Mitarbeiter von Prof. Junkers-Dessau und schließlich General a. D. Hans von Seeckt, der nirgendwo fehlen darf.

Beide Verbände planen gemeinsame Kundgebungen und besonders die unter Führung Geßlers stehende Gruppe will Ende November einen Aufruf an das deutsche Volk herausgeben, der in einer Sitzung beim Berliner Oberbürgermeister Sahm beschlossen werden soll. Als Unterzeichner sollen jedoch nur Persönlichkeiten ausgewählt werden, die nach links unverdächtig erscheinen, wie die Oberbürgermeister Brauer von Altona (SPD); Adenauer von Köln (Ztr.), Scharnagl von München (BVP) und der sächsische Gesandte Gradnauer (SPD).

Hitlers österreichische Konkurrenz

Starhemberg will sich nicht dreinreden lassen

Der eine der Hitler von Oesterreich, der Graf Starhemberg, hat vor seinen Mannen gesprochen und ihnen erzählt, daß er den Urheber des Schlagworts „Harzburg oder Habsburg" aus der Hahnenschwanztruppe herausgeschmissen habe. Die Parolen habe er als Bundesführer allein zu bestimmen.

Wichtiger als die Bestätigung dieser Autokratie ist die Absage an die Nazis. Die Nazis erklärten, so führte der Hitler-Konkurrent aus, daß die Herbeiführung einer innerösterreichischen Lösung sozusagen ein Abweichen von der großdeutschen Linie bedeute und daß Oesterreich abwarten müsse, bis im Reich die nationale Bewegung die Regierung übernommen habe; erst dann müsse der Oesterreicher eine gesamtdeutsche Lösung herbeiführen und mitmachen. Das sei nicht des Herrn Grafen Standpunkt, und er verlange, daß der „Heimatschutz" sich auf seinen Standpunkt einstelle. „Wir wollen so rasch als möglich und aus eigener Kraft unseren Staat in Ordnung bringen. Wir wollen nicht warten, bis von anders her uns Hilfe ersteht. Wir sind stark genug und kräftig, dies aus eigner Kraft durchzuführen. Der Heimatschutz muß unter allen Umständen eine vollkommen unabhängige Bewegung bleiben und darf keine Kompromisse eingehen."

August Winnig, der Held

Die „SWZ — Sozialistische Wochenzeitung" hatte in ihrer letzten Ausgabe an die von den Nationalsozialisten herausgegebene Nachricht, daß der frühere sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen und gegenwärtige Schlichter August Winnig-Potsdam zur NSDAP übergetreten sei, die Anfrage an die preußische Staatsregierung geknüpft, ob gegen Winnig, der in den „einstweiligen Ruhestand" versetzt, keine Pension, sondern sein Gehalt verzehrt und demzufolge dem Dienststrafrecht noch untersteht, nicht die gleichen Disziplinarmaßregeln angewandt würden, die gegen jeden kleinen Beamten im analogen Fall zur Anwendung kämen: das Disziplinarverfahren, mit dem Ziele der Dienstentlassung und der Aberkennung der Gebührnisse.

Wir erfahren heute, daß das preußische Ministerium des Innern daraufhin tatsächlich eine Untersuchung einleiten ließ, die in mehrfacher Hinsicht überraschende Ergebnisse zutage förderte.

Herr August Winnig, der den Mut seiner Gesinnung in Ansehung des drohenden Einkommenverlustes verloren hatte, erklärte nämlich, daß er zwar mit der Nazipartei sympathisiere, den formellen Anschluß aber nicht vollzogen habe.

Das preußische Ministerium des Innern jedoch gab sich mit dieser Erklärung zufrieden und hat auf weitere Maßnahmen verzichtet.

Wird Amerika stillhalten?

Deutschland zufrieden?

London, 23. November.

Die Blätter berichten ausführlich über den Eindruck, den die Bekanntgabe der ersten Einfuhrabgabe im Ausland hervorgerufen hat. Der Washingtoner Korrespondent der Times sagt, vorläufig sei nicht mit Gegenmaßnahmen der Vereinigten Staaten zu rechnen. (Meldungen aus USA lauten anders. D. Red.) Diese Frage werde nicht auf das Tapet kommen, bevor die britische Regierung beschlossen habe, was später an die Stelle des jetzigen Nottarifs treten solle. Man glaube sogar, wenn sich England dem Schutzzollsystem völlig ergebe, würden Rohstoffe und Lebensmittel, die den Hauptbestandteil der amerikanischen Ausfuhr nach England bildeten, nicht mit Abgaben belegt werden. Nur über die Möglichkeit einer Ausdehnung der Vorzugsbehandlung für die Glieder des britischen Reiches herrsche beträchtliche Nervosität.

Der Berliner Korrespondent der Times bemerkt, in Berlin erkenne man, daß die britische Einfuhrabgabe Deutschland bei den kommenden Reparationserörterungen ein gutes Argument liefern werde, da die Ansicht vertreten werde, daß Deutschland nicht alle seine Schulden bezahlen könne, wenn es nicht seinen Ausfuhrüberschuß aufrechterhalten vermöge.

Der parlamentarische Korrespondent der Times betont, daß sich die erste Antidumping-Verordnung nur auf einen verhältnismäßig geringen Teil der Waren erstrecke, die unter Klasse III der Liste des Handelsamtes angeführt seien. **Eine zweite Verordnung werde vielleicht schon am Mittwoch herauskommen.**

Der Lohnkonflikt in Nordwest

In Düsseldorf fanden die ersten Verhandlungen zwischen den Industriellen von Arbeitnordwest und den am Tarif beteiligten Gewerkschaften statt. Am 30. November laufen Lohntarife und Arbeitszeitabkommen ab. Der Arbeitgeberverband forderte eine weitgehende Tarifsenkung, die den tariflichen Stundenlohn auf den Stand des Jahres 1926/27 zurückführen soll. Der Ecklohn für Facharbeiter solle demnach 70 Pf., für Hilfsarbeiter 55 Pf. betragen. Für den Fall, daß diese Lohnsenkung nicht zustande kommt, drohten die Industriellen mit der Entlassung von 45 000 Arbeitern, die angeblich zuviel in den Betrieben seien.

Die Gewerkschaften lehnen jede Lohnsenkung ab. Sie verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 bzw. 40 Stunden und eine Beseitigung der Sonntagsarbeit. Nach der erneuten Drohung der Arbeitgeber, eine weitere Entlassung von 15 bis 20 Prozent der zur Zeit noch Beschäftigten vorzunehmen, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Damit wird das übliche Spiel wieder beginnen, daß auf dem Wege über die Schlichtungsbehörden die Forderungen der Unternehmer durchgesetzt werden sollen. Die Gewerkschaften müssen sich jetzt schon darauf einstellen, ihre Ablehnung jedes weiteren Lohnabbaus und die Verkürzung der Arbeitszeit auch in einem Kampfe zu verfechten, zu dem alle Vorbereitungen getroffen werden müssen.

Die Sozialdemokraten bei ihrem Reichskanzler. Die bereits angekündigte Besprechung sozialdemokratischer Führer mit dem Reichskanzler fand Montag um 18 Uhr statt. An ihr nahmen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hilferding, Aufhäuser und Baade teil. Es handelte sich hauptsächlich um wirtschaftliche Fragen.

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Dortmund

Die Gesetzesmaschine funktioniert ... Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein 25jähriger arbeitsloser Maurer aus dem benachbarten Castrop-Rauxel wegen Vergehens gegen die §§ 110, 111 und 130 StGB, gegen das Republikschutzgesetz und gegen § 2 Absatz 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Verhütung politischer Ausschreitungen vom 28. III. 31 zu verantworten. Er hatte in einer kommunistischen Versammlung als Diskussionsredner u. a. gesagt: „Der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir uns nehmen, was uns gehört. Der Weg von der Straße bis zu den Auslagen der Schaufenster nicht nicht weit!" Als er hierauf von dem die Versammlung überwachenden Beamten unterbrochen und verwarnt wurde, sollte er noch gerufen haben: „Nieder mit der Saurepublik, den kapitalistischen Bonzen und den Staatsbeamten!" Die Versammlung wurde hierauf aufgelöst und der Sprecher verhaftet. Und da sollte er die Masse mit den Worten: „Genossen, stehenbleiben, wir lassen uns von der Polizei keine Versammlung auflösen. Haut sie!", aufgewiegelt haben. Während schon vor einiger Zeit mehrere Arbeiter wegen dieser Geschichte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden, erhielt der junge Maurer jetzt eine Gefängnisstrafe von zehn Schaufenster ist nicht weit!" Als er hierauf dacht (?) vorlag, gleich in Haft genommen (!).

Ahlen

Die SPD-Presse („Der Hammer") im „Kampfe" gegen Kulturreaktion. Eines der größten Uebel in der sozialdemokratischen Politik ist das Verlassen des offenen Kampfbodens und die Defensivstellung zur Kulturreaktion in Deutschland. In der Kulturfrage, vor allem dort, wo es galt Zentrum und Deutschnationale (Evangelischer Volksdienst) in ihre Schranken zu verweisen und die freigeistige Weltanschauung zu propagieren, versagte die SPD. Dieses Versagen liegt ganz in der verhängnisvollen Linie des Verlassens revolutionär-sozialistischen Zielstrebens, die am deutlichsten in der Duldung und Befürwortung der preußischen Notverordnungen zur Bekämpfung der „Gottlosenpropaganda" in Erscheinung tritt. Bis in die Redaktionsstube der kleinsten SPD-Organe ist dieser Bazillus gedrungen und genau wird darauf geachtet, daß den Totengräbern sozialistischer Weltanschauung nicht zu nahe getreten wird. Nur so ist es zu verstehen, daß folgender Artikel von dem SPD-Organ „Der Hammer" vor kurzem zur Veröffentlichung abgelehnt und damit der Kulturreaktion die Quittung des unbedingten Vertrauens erteilt wurde:

„Der Religionsunterricht an der Berufsschule in Ahlen als Agitationsmittel gegen die freien Gewerkschaften! Der zur Leitung des Religionsunterrichtes an der Berufsschule in Ahlen angestellte Kaplan Thiele hat sich schon öfters in den Religionsstunden gegen die freien Gewerkschaften bzw. gegen den Zentralverband der Angestellten ausgesprochen. Es geht nicht an, daß ein Angestellter unter Mißbrauch seiner Amtsbefugnisse sich gegen das in der Reichsverfassung gewährleistete Koalitionsrecht vergeht und im Religionsunterricht nach der Zugehörigkeit zur Angestelltenorganisation fragt, wobei er dann Gelegenheit nimmt, für den KKV (Katholischer Kaufmännischer Verein) zu werben. So erklärte dieser Kaplan einer Kollegin des ZdA ausdrücklich folgendes: „Ich empfehle dir dringend Austritt aus dem ZdA, da es mit ihm ein gefährlicher Umgang ist. Die Organisation für die Angestellten ist der KKV!" Die freie Angestelltenschaft wird sich ganz entschieden gegen den Mißbrauch der Amtsbefugnisse eines Religionslehrers zur Wehr setzen; denn Reichsverfassung und Gesetze haben auch für einen katholischen Kaplan Gültigkeit. Zumal sich nicht jeder Mensch seine freie Organisation mit einer, in der er nur Werkzeug des Kapitals ist, zu tauschen bereit ist.

Wir sehen hier, an der Ablehnung der Veröffentlichung durch den „Hammer", welche Früchte bereits die Tolerierung und der Reformismus in der SPD-Presse gezeitigt haben. Aber unsere sozialistische Weltanschauung verlangt offene und klare Kampfstellung. Darum abonniert die Sozialistische Arbeiterzeitung, die „SAZ", die den Klassenkampf nicht dem Parteibürokratismus opfert.

Ratingen

„Die Ratinger Mitgliedschaft treu zur Partei. — Der gesamte Parteiapparat wieder vollkommen intakt." „In den letzten Tagen verkündete die bürgerliche Presse freudestrahlend, daß der Ortsverein Ratingen der SPD mit überwältigender Mehrheit den Beschluß gefaßt habe, zur SAP überzutreten. Inzwischen ist eine Klärung eingetreten, und es zeigt sich, daß die bürgerlichen Zeitungsberichterstatter sich wieder einmal zu früh gefreut haben."

Also konnte man dieser Tage in der „Volkszeitung" lesen. Dies soll für den Uneingeweihten den Anschein erwecken, als ob in der Ratinger SPD alles in Butter geblieben und nur der böse „Parteiapparat" fahnenflüchtig geworden sei, welcher Schaden durch die vollzogene Neuwahl des Gesamtvorstandes schnell wieder repariert worden sei. „Die Ortsvereinsversammlung der SPD, die gestern (am 13. November) stattfand, hatte einen Besuch aufzuweisen, wie selten eine Versammlung in Ratingen vor der Spaltung", schreibt die Volkszeitung weiter. Wie sie doch so bescheiden geworden sind! Wir empfehlen dem in dieser Versammlung anwesend gewesenen Parteisekretär Richter, sich einmal die Berichtsbogen aus der Zeit vor der Spaltung anzusehen. Zu der „Ortsvereinsversammlung" — in Wirklichkeit war es die Neugründung einer Ortsgruppe der SPD — hatte man die versprengten Trümmer der SPD als „letzte Reserve" aus nah und fern herangeschleift. Unter den auf diese Weise zusammengetrommelten Personen waren Leute vertreten, die man vor der „Spaltung" in keiner einzigen Versammlung gesehen hat. Wäre die angekündigte Bücherkontrolle ernstlich durchgeführt worden, eine ganze Anzahl der Besucher hätte dieser Bücherkontrolle nicht standgehalten. Auch der als Referent anwesende Parteisekretär Richter hatte Verstärkung mitgebracht. So war denn die „treu zur Partei stehende Ratinger Mitgliedschaft" glücklich auf die Zahl von 45 (in Worten fünfundvierzig) gebracht. Richter bemühte sich im Schweiße seines Angesichts, „das Verbrechen der Seydewitz und Rosenfeld" den Anwesenden recht schwarz vorzumalen. Mit einem Salto mortale versuchte Richter, sich über eine für ihn peinliche Situation hinwegzusetzen. Genossen der SAP hatten an die Versammlung Handzettel verteilt, in welchen einer Handlungsweise des Bezirkssekretärs der SPD, Kolaß, Erwähnung geschah. Kolaß hatte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Provinzialausschusses einen Antrag des hiesigen Vereins „Jugendwohl" auf Bewilligung eines Zuschusses zur Durchführung von Speisung erwerbsloser Jugendlicher abgelehnt. Dieser Antrag war vor dem Uebertritt der hiesigen Ortsgruppe der SPD zur SAP gestellt. Die Tatsache des inzwischen vollzogenen Uebertritts war also für Kolaß Grund genug, den Antrag abzulehnen. Ob er auch so gehandelt hätte, wenn der Uebertritt nicht erfolgt wäre? Im gemeinnützigen Verein „Jugendwohl" E. V. Ratingen, als Träger des Volkshausunternehmens und sozialistischen Jugendheims, sind aber neben fünf SAP-Genossen auch noch zwei Genossen der SPD tätig.

Die Empörung in der SPD-Versammlung über die Handlungsweise ihres eigenen Bezirkssekretärs war allgemein und konnte nur dadurch gedämpft werden, daß Richter versprach, die Sache „untersuchen "zu wollen.

Die SAP lebt. Trotz aller Totschweigetaktik hat sie sich bereits gut entwickelt. Auch in Ratingen geht es vorwärts; stehen doch **rund 200 Genossinnen und Genossen — neun Zehntel der früheren SPD — zur SAP.**

Wir sind die Hoffnung des Proletariats

Aus Frankenthal in der Rheinpfalz wird uns geschrieben:

Wir sind auch in unserer reformistischen Hochburg in die breite Arbeiteröffentlichkeit vorgestoßen. Im dichtbesetzten großen Saal des Freien Turnerheims sprach am 16. Novbr.

vor über 500 interessierten Arbeitern Genosse August Siemsen.

Er verstand es in meisterhafter Weise, ausgehend von der Strukturkrise des Weltkapitalismus, den Bankrott des Reformismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet aufzuzeigen. Durch das vollkommene Versagen der SPD und die scheinrevolutionäre Taktik der KPD war die Gründung der SAP zur Sammlung aller wirklich revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse eine Notwendigkeit, was auch diese Versammlung wieder aufs deutlichste bewies. Die Fülle und Eindringlichkeit des überzeugend und äußerst sachlich vorgetragenen Materials verfehlte auf keinen der anwesenden Arbeiter die Wirkung. Dies zeigte sich klar durch die mustergültige Disziplin der Versammlung, die auch, von vielen kommunistischen Genossen besucht war.

Nach dem mit

stürmischem Beifall

aufgenommenen Referat des Genossen Siemsen wurde vom Vorsitzenden, Genossen L. Kohl, zur Diskussion aufgefordert, wozu bereits vorher die beiden Arbeiterparteien, SPD und KPD, eingeladen waren.

Die KPD schickte einen Redner von auswärts vor, der zu beweisen suchte, daß die SAP keine Existenzberechtigung habe. Er tat dies weniger mit sachlichen als mit persönlichen Argumenten — wobei er sich öfter in Widersprüche verwickelte —, so daß auch, wie wir hörten, viele seiner eigenen Genossen hiervon peinlich berührt wurden. Dem Genossen Siemsen war es ein leichtes, unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung die Argumente des kommunistischen Sprechers zu widerlegen und die kleinen Entgleisungen richtigzustellen.

Bedauerlicherweise machte

die SPD von der freien Diskussion keinen Gebrauch, obwohl eine Reihe führender Funktionäre anwesend war,

darunter der 2. Vorsitzende und Pressekorrespondent der SPD, Riedel, der sogar von der Versammlung herausgefordert wurde. Damit hat die SPD bewiesen, daß sie uns politisch nichts zu sagen hat und sie auch nicht in der Lage ist, ihre Politik vor der kritischen Arbeiteröffentlichkeit zu vertreten.

Nachdem dies der Vorsitzende entsprechend gebrandmarkt hatte, kam Genosse Siemsen zum Schlußwort, in dem er besonders hervorhob, daß es eine unserer vornehmsten Aufgaben ist, das Vertrauen in den Massen zu den sozialistischen Grundsätzen wiederherzustellen, daß wir

nicht egoistisch einer Partei, sondern der ganzen Arbeiterklasse

dienen wollen. Wir wollen keine Papiersoldaten und Opportunisten, sondern Akteure, die mit uns kämpfen für die proletarische Revolution.

Mit dem Gesang der Internationale wurde unsere erste öffentliche Versammlung geschlossen, die uns große Sympathien in der Frankenthaler Arbeiterschaft geschaffen hat.

Gladbach-Rheydt

Mit Lügen und dummer Hetze sucht die SPD. in Gladbach ihre paar Mitglieder noch zu halten. Jetzt, nachdem die SPD.-Bürokratie merkt, daß doch nicht blos ein „paar Wirrköpfe" von der SPD. gegangen sind nachdem man so brutal mit der Ausschlußmaschine gewirtschaftet hatte, jetzt versucht man mit Lügen zu agitieren um die Arbeitermasse noch weiter zu täuschen. Ein Rundschreiben der SPD in Gladbach enthält soviel Lügen, daß wir doch dagegen auftreten müssen. Bezeichnenderweise ist es nicht vom Vorsitzenden, Genossen Alse, gezeichnet, sondern vom Herrn Genossen P. Forree. Darin heißt es: Weist den Spaltern die Tür, auch wenn die SPD. oft nicht richtig gehandelt hat, die Einigkeit der Arbeiterschaft ist das allerwichtigste. Sehr richtig, warum aber setzt man denn dann die Ausschlußmaschine gegen unsere oppositionelle Genossen in Betrieb? Warum wirft man nicht lieber die Schwerverdiener wie Brolat und Heilmann aus der Partei, die alles andere, nur keine Proletarier sind? Ferner behauptet man, die SAP.-Kassierer gingen zu den SPD.-Genossen und sammelten die Bücher ein, dann müßten die betreffenden Genossen feststellen, daß sie getäuscht worden seien und man ihnen SAP.-Marken eingeklebt habe, statt SPD.-Marken. — Glaubt Herr Forree wirklich, die SPD.-Genossen wären so albern, Marken zu bezahlen, die sie nicht haben wollten? Nein, Genosse Forree, es nützt nichts, auch alle Distriktsversammlungen und alle Parteikanonen können eine Unwahrheit niht zur Wahrheit machen und die SAP wächst weiter.

Hanau

Die neugegründete Grtsgruppe der SAP hielt ihre erste öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Seydewitz sprach. Trotz mancher ungünstigen Umstände war der große Saal der Zentralhalle voll besetzt, obwohl die SPD-Leitung ihre Mitglieder vom Besuch der Versammlung zurückzuhalten versuchte. **Das Gewerkschaftshaus war auf Druck der SPD-Leitung für die Veranstaltung versagt worden.** In klaren und zündenden Ausführungen konnte Genosse Seydewitz darlegen, daß der Parteivorstand der SPD die Spaltung heraufbeschworen hat, und zwar nicht aus organisatorischen Gründen, wie er glauben machen will, sondern weil sich zwischen dem Apparat und den Ausgeschlossenen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der ökonomischen Situation und den anzuwendenden politischen Kampfmitteln aufgetan hätten. Die politisch unbelastete SAP will die Brücke schlagen, auf der sich alle Proletarier zur gegenseitigen Aussprache, über allen Parteifanatismus hinweg, treffen sollen. Lebhafter Beifall bekundete vielseitige Zustimmung. In der Diskussion sprach nur ein Vertreter der KPD, der in seinen langen Ausführungen die Kritik an der SPD unterstützte. Leider brachte er es aber nicht zuwege, die Klassensolidarität über den Parteiegoismus zu stellen, sondern klagte die SAP an, ein Auffangnetz für die abgleitenden SPD-Anhänger zu sein, und versuchte, eine Resulution anzubringen, die die Gründung der SAP verurteilen sollte. Damit war die Linie der Sachlichkeit durchbrochen und dem Fanatismus ein Ventil geöffnet. In seinem Schlußwort widerlegte Genosse Seydewitz die Angriffe. Eine Anzahl Neuaufnahmen zeigten, daß immer mehr Arbeiter von der Notwendigkeit der Schaffung eines Verständigungsbodens überzeugt werden.

Köln

Wie das Zentrum für seine „Schäfchen" sorgt. Wie überall in Preußen ist auch an den Schulen in Köln abgebaut worden. Interessant ist es, den Abbau etwas genauer zu betrachten. Im Regierungsbezirk Köln war die Frequenz vor dem Abbau an den katholischen Schulen 45,6, an den evangelischen 43,9, an den freien 41,7; nach dem Abbau: katholische Schulen 46,6, evangelische 47,1 freie 52 Proz. Kinder; Abbau an Lehrern: katholische 1,6, evangelische 12, freie 19,7 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Abbau für die konfessionellen Schulen sich über den Regierungsbezirk Köln erstreckt, wohingegen die freien Schulen nur für den Stadtbezirk in Frage kommen. Wenn man in Betracht zieht, daß im Regierungsbezirk Köln von allen Schulen 26 Prozent ein- bis dreiklassige Schulen sind, die von dem Abbau nicht betroffen werden, dann ersieht man erst, wie die katholischen Schulen weitgehend von dem Abbau verschont werden. Die Schulverwaltung scheut sich durchaus nicht, drei Jahrgänge mit 65 Kindern in eine Klasse zusammenzupferchen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die ungeheure wirtschaftliche Not ein ganzer Teil der Kinder mit nüchternem Magen zur Schule muß. Wie da noch ein Lehrer Kinder individuell behandeln oder zu brauchbaren Menschen erziehen soll, bleibt das Geheimnis der Schulverwaltung. Der ganze Abbau in Köln konnte mit einem Federstrich gespart werden. Der Zuschuß, den die Stadt zu den privaten Mädchenschulen leistet, ist bedeutend höher, als am ganzen Schuletat gespart wird. Die vorhandenen städtischen Mädchenschulen sind nur halb belegt. Dafür ist Geld vorhanden. Die Proletenkinder dürfen ruhig mit 65 bis 70, hungernd und schlecht gekleidet, in dumpfen Schulstuben dahinvegetieren.

Nürnberg

Die SPD-Front wankt! Unsere Parteigenossen von gestern können uns nicht mehr totschweigen, nicht mehr ungestraft verleumden, nur noch versuchen zu retten, was zu retten ist. Diesen Eindruck mußte jeder objektive Teilnehmer unserer ersten öffentlichen Bezirksversammlung, die am 17. d. M. mit dem Thema „Was will die SAP?" stattfand, gewinnen. Die unter Mitwirkung unseres Schutzbundes durchgeführte Versammlung war ausgezeichnet besucht. Erfreulich war vor allem, daß viele Genossen der SPD sich eingefunden hatten. Und wo sich viele Mitglieder der SPD einfinden, darf natürlich die Aufsicht der Führer der „alleinseligmachenden" Arbeiterpartei SPD nicht fehlen. Sogar der SPD-Genosse Parteisekretär Julius Loßmann hatte sich bemüht, die SPD-Genossen Stadtrat Hellwarth, Distriktsvorsitzender und Schufoführer mit seinen Mannen. Diese Feststellung veranlaßte den Versammlungsleiter, die SPD-Genossen besonders herzlich zu begrüßen. Das Referat des Genossen Strauß, in welchem zunächst ein geschichtlicher klarer Ueberblick über Stellung und Kampf der deutschen Arbeiterbewegung seit Kriegsende, über die derzeitigen Verhältnisse, die Notwendigkeit und Bestrebungen der SAP gegeben wurde, hatte wirklich Eindruck auf alle Zuhörer gemacht. Daran änderte nichts, daß die SPD-Genossen Loßmann und Fischer in der Diskussion vorgaben, die Notwendigkeit der Gründung der SAP, ihren Zweck und ihr Ziel aus dem Referat nicht verstanden zu haben. Daß insbesondere der Hauptredner der SPD, der Genosse Parteisekretär, nicht „verstehen" konnte, ergibt sich von selbst, er kann von „Berufs wegen" nicht verstehen. Wir wundern uns darüber nicht, weil sich Sozialisten über führende Genossen der SPD schon lange nicht mehr wundern können und brauchen. Die in dem uns sattsam bekannten Zeitungsstil der SPD-Politiker gehaltenen Ausführungen der SPD-Genossen machten einen kläglichen Eindruck. Schon mit wenigen Zwischenrufen wurde die Diskussionsrede des Genossen Parteisekretär sachlich richtiggestellt, die Erwiderungen unserer Genossen Peter und Weinberger vernichteten aber jeden Rest einer Wirkung vollends. Der „Marxist" Loßmann, der aus seinem Volksgemeinschaftsdusel heraus u. a. behauptet hatte, er kenne keinen Unterschied zwischen Staat und Volk, der Staat sei das Volk, mußte sich eine Abfuhr gefallen lassen, die ihresgleichen sucht. Staunen und Beklemmung darob bei seinen Anhängern, als Genosse Peter dem Parteisekretär sagen Staat einnehme, einnehmen muß. Mit durchschlagenden Beweisen traten unsere Genossen den objektiv und subjektiv unwahren Behauptungen über die Demokratie in der SPD entgegen. Unsere SPD-Genossen staunten! So wurde von unseren Genossen mit unwiderstehlicher, überzeugender Kraft Stein um Stein aus dem sozialdemokratischen Lügenbollwerk vor den Augen der SPD-Genossen herausgerissen und zerschlagen. In der Diskussion sprach ferner der Genosse Wüst (KPO) in sachlicher, ehrlicher und sympathischer Weise. Seine Ausführungen fanden ungeteilte Aufmerksamkeit und hoben sich von denen des Parteisekretärs Loßmann sehr vorteilhaft ab. Wir sehen mit ernster Freude: Es geht vorwärts! Weitere Versammlungen folgen.

Versammlungskalender

SAP. Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung am Donnerstag, 26. November, 20 Uhr, findet umständehalber nicht im Taunus, sondern im Lokal Oepen, Dorotheenplatz, statt.

SAP. Lütgendortmund. Versammlung der Frauengruppe Dienstag, 24. November, 19.30 Uhr, bei Böckenkamp, Lütgendortmunder Straße. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Wahl eines Arbeitsausschusses. Gleichgesinnte Frauen mitbringen!

SAP., Ratingen: Antreten des Bezirks-Ehren-Schutzenbundes Mittwoch, 25. 11. 18.30 Uhr im Volkshaus. Eingekleidete in Uniform.

SAP. Prozdorf. Sonnabend, 28. November., bei Freund erste offizielle Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Wahl des Ortsgruppenvorstandes. Organisationsfragen usw. Freunde und Sympathisierende mitbringen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.". Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ" Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Vorbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H." Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Feuilleton der SAZ

Glanz und Elend im Film

Ein Rückblick

Der Film ist das Abbild des Lebens: hier wie dort klaffen schärfer und immer schärfer die Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus auseinander. Näher und näher rückt die Entscheidung: auf welche Seite willst du treten? Bei Hugenberg geht es noch immer hoch her: die „Ufa" feiert rauschende Feste. Brutaler und rücksichtsloser als je zuvor werden die Augen geblendet und die Hirne umnebelt in dem Großfilm „Der Kongreß tanzt". Man flüchtet sich nach altbewährtem, deutschem Rezept aus der trostlosen Gegenwart, in der man als „Wochenschau" höchstens zeigen kann, wie die Horthy-Offiizere sich mit den Herren von der Reichswehr am Gefallenendenkmal verbrüdern und das Städtchen Lübben im Spreewald seine lang ersehnte Garnison bekommt, in die Vergangenheit. Man wird historisch!

An sich wären historische Aufklärungsfilme, wenn sie das Jammerschauspiel unserer deutschen Geschichte enthüllen, recht nützlich. Aber davon ist gar keine Rede. Die Verdummungsversuche von der Schulbank ner werden gewissenhaft fortgesetzt. Der Wiener Kongreß dient als Vorwand, um recht viele strahlende Monarchen und Militär zu zeigen. Aus diesem byzantinischen Glanz schält sich — weil man ja schließlich nicht nur und ausschließlich Massenszenen zeigen kann — eine lyrische Episode heraus: Der Zar aller Reußen verliebt sich in ein kleines „süßes" Ladenmädel. Wiederholung des Motivs von „Alt-Heidelberg", das allen Bürgersfrauen von 1900 Tränenströme entlockt hat. Hier kommts gar nicht so weit: Napoleon tut dem Regisseur den Gefallen, den Kongreß auseinanderzujagen. So behält das Mädel seine von der Zensur streng überwachte Unschuld — obwohl ihr der Monarch in seiner unerschöpflichen Güte eine fürstliche Villa mit Dienern, Kutschen und Jahresgehalt geschenkt hat — und darf sich mit einem Knutscheckchen in der bürgerlichen Heurigenschänke begnügen. So selbstlos sind echte Monarchen! Es passiert nichts. Außer, daß sie das Schnütchen verzieht, wenn ihr Alexander auf immer abfährt. Das deutsche Gretchen bleibt unberührt — „unsittlich" ist einzig die französische Gräfin, auf die wiederum der Zar nicht hereinfällt.

Das ungefähr ist die „Handlung", die sich ein ehemaliger und ein gegenwärtiger Ullstein-Redakteur, Liebmann und Norbert Falk, „ausgedacht" haben. Man kann sich vorstellen, wie die Ullstein-Presse diesen Film verrissen hat!! Ein besonders witziger Einfall muß noch erwähnt werden, weil er von der Gemütsverfassung der Verantwortlichen Zeugnis ablegt: die Geliebte des Zaren wird eines Attentats verdächtigt und zu 25 Stockprügeln verurteilt. Die Vorbereitungen zu dieser Prügelei eines jungen Madchens werden ausführlich geschildert; das Publikum will sich ausschütten vor Lachen, wenn die Kleine vor Angst jammert. Das sind Hugenberg-Witze!

Diesem seichten, schalen Zeug gegenüber, das einem noch Wochen hinterher Brechreiz verursacht, hat es ein Franzose, Jean Duvivier, gewagt, dem Amüsierpöbel die Maske abzureißen und in „David Golder" endlich, endlich einmal die wahre Tragik des Großverdieners, des Emporkömmlings, vorzuführen. Wir hatten auch in Deutschland Ansätze zu Raffke-Komödien — zuletzt in Wilhelm Thieles „Ball" —, aber das scheiterte immer wieder an feigen Kompromissen mit dem bürgerlichen Geschmack und Angst vor der reaktionären Zensur. Aber hier ist ganze Arbeit gemacht. Der russische Jude, der Wurzellose, der sich zu schwindelnder Höhe emporgewunden hat, wird als Ausbeuter selber der Ausgebeutete seiner Familie. Diese „Kavaliere" und „Damen der Gesellschaft" als Dirnen und Zuhälter entlarven — das ist immerhin ein ganz großes Verdienst, und es ist beschämend, daß wir es den Franzosen überlassen mußten. Bezeichnenderweise hat sich der deutsche Verleih monatelang gegen diesen unangenehm aufrichtigen Film gesträubt. Dabei ist er nicht etwa proletarischer Weltanschauung entsprossen, sondern bürgerlicher Gesellschaftskritik im Sinne der Ibsen und Zola. Man hätte seinem Helden weniger sympathische, unsentimentalere Züge geben dürfen. Etwa die eines Stinnes oder Hugenberg.

Aber auch die deutsche Produktion hat sich zu einer Tat aufgerafft, mit der sie sich zum Geist unserer Zeit bekennt. Die „Ufa" natürlich nicht — sondern die „Emelka". G. W. Pabst, dem wir „Westfront 1918" verdanken, hat eine Tragödie des Soldaten auf dem Schlachtfeld der Arbeit geschaffen mit „Kameradschaft". Das Grubenunglück von Courrières wird in die Gegenwart verlegt und die internationale Solidarität gefeiert. Die durch eine Schlagwetterkatastrophe abgeschnittenen französischen Bergleute werden durch ihre deutschen Genossen gerettet. Alle Phasen dieses gewaltigen Geschehnisses, Katastrophe und Hilfswerk, werden meisterhaft anschaulich gemacht. Hier hat die deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit herrliche Früchte getragen. Auch das Gelöbnis, sich nicht wieder von „denen da oben" zum Verrat an dieser proletarischen Solidarität verführen zu lassen wie 1914, fehlt nicht. Aber was fehlt, ist das, was man uns in „Hunger über Waldenburg" gezeigt hat: das fürchterliche Elend, das der Kapitalismus, und neuerdings besonders die Rationalisierung, über unsere Bergleute gebracht hat. Man hätte keine wohlgenährten Prachtgestalten, keine Renommierproletarier wie Fritz Kampers und Alexander Granach wählen sollen, sondern nach russischer Art Laien, wirkliche Arbeiter, verhärmte, ausgemergelte Kumpels. Die Mitarbeit der Direktoren an dem Rettungswerk ist keineswegs so selbstverständlich, wie es hier dargestellt wird: Upton Sinclair in „König Kohle" weiß es anders. Und der Satz in der Ansprache zum Schluß: „Die Kohle gehört uns allen" ist Schwindel, den echte Bergarbeiter gewiß nicht ohne Widerspruch hingenommen hätten. Die Kohle gehört den Kapitalisten, die die Proletarier in die todbringenden Schächte hinabschicken. Auch der Schluß: die Wiederherstellung des unterirdischen Grenzgitters, das die Retter eingerissen hatten, durch die Hüter des Staates bedeutet, als flauer Scherz ausgesprochen, eine bedauerliche Abschwächung.

Und trotz alledem freut man sich über diesen Arbeiterfilm als über einen großen Fortschritt, nachdem die SPD, die die Mittel gehabt hätte, jede Möglichkeit, einen proletarischen Film herzustellen, unter der Regie des famosen Herrn Lohmann, damals Leiter des Film- und Lichtbilddienstes, gründlich und mit riesigen Kosten versäumt hat.

Sesam.

Raynal am Totensonntag

„Das Grabmal des unbekannten Soldaten" im Berliner Volkstheater.

Ein würdiger Totensonntagsabend! Die Tendenz von Raynals Schauspiel kam glücklich heraus: der Kontrast zwischen dem Heimkrieger, der von dem Sohn Begeisterung und Stolz, dem Vaterland dienen zu dürfen, fordert, und dem düsteren französischen Soldaten, der voll Erbitterung und voll Haß gegen den Krieg seine grausame Mordflicht erfüllt. Zwischen beiden die arme kleine Aude, die erst in der Stunde des Abschieds erfährt, was der Krieg eigentlich ist, die zerrissen ist zwischen ihrer Liebe und der Pflicht, jahrelang leben zu müssen ohne Liebe. Trude Burg und Walter Griep gestalten mit einfachen Mitteln die seelischen Konflikte zweier Leben, die durch den Kriegswahnsinn bestimmt sind.

Schlußworte, aus dem Dunkel gesprochen, eine einzige Anklage gegen die Gesellschaftsordnung, die dieses Verbrechen verschuldet und verherrlicht, beenden den Abend, der einen tiefen Eindruck zurückläßt. Das Berliner Volkstheater hat sich mit dieser Aufführung ein Verdienst erworben.

D. F.

Radio ohne Schallplatten?

Die Vereinigung der Schallplattengesellschaften Deutschlands hat an die Reichsrundfunkgesellschaft eine Art Ultimatum gerichtet. Danach dürfen eventuell vom 29. November ab die deutschen Sendegesellschaften keine Schallplatten mehr in ihren Programmen verwenden. Die häufige Uebertragung von Schallplattenmusik durch den Rundfunk habe, so wird zur Begründung des Vorgehens angeführt, zu einem empfindlichen Rückgang des Schallplattenverkaufs geführt. Die Schallplattenfirmen verlangen Zugeständnisse auf urheberrechtlichem und propagandistischem Gebiet und kündigen bei Verweigerung ihrer Forderungen an, daß von dem angegebenen Datum ab das angedrohte Verbot der Schallplattenübertragungen durchgeführt werde.

Ultrakurzwellen

Gelungene Versuche Marconis

Aus Genua wird berichtet:

Marconi unternahm in Santa Margerita Lugire neue Versuche mit ultrakurzen Wellen von 50 Zentimeter Länge, die als gelungen bezeichnet werden. Der Sender befand sich auf der Terrasse der Villa Repellini, der Empfänger in Sestri Levante.

Ueber seine Versuche äußerte sich Marconi folgendermaßen zu Journalisten: Die Versuche dienen nur dazu, die praktische Verwendbarkeit der ultrakurzen Wellen darzutun und zu beweisen, daß die mit ihrer Hilfe geführten Ferngespräche von niemandem, auch nicht von einem Flugzeug, gestört und abgehört werden können. Diese Wellen brauchen weder Nebel noch Unwetter zu fürchten. Sie haben nur ein Charakteristikum, vor einem Hindernis, das sich ihnen entgegenstellt, halt zu machen. Diese Wellen können zwar ein Haus passieren, sie werden aber von einem Berg unbedingt aufgehalten. Daher ist es notwendig, daß Sender und Empfänger in einer Geraden durch nichts unterbrochen werden. Ueber die Entfernung, auf die die ultrakurzen Wellen gesendet werden können, äußerte sich Marconi dahingehend, daß die Versuche von seiner Yacht „Elettra" aus, die sich fast unterhalb des Horizontes befunden habe, durchaus gelungen sind. Als besonderen Vorzug bezeichnet Marconi die hohe Frequenzzahl, 6 Millionen Perioden, und die Modulationsfähigkeit. Der Apparat könne auch zur Bildübertragung benützt werden. Weiter wird hervorgehoben, daß selbst Gewitter die Sendung nicht stören. Ueber die praktische Verwendung äußerte sich Marconi dahin, daß diese Sendungen vor allem zwischen dem Festland und den Inseln unter Vermeidung der kostspieligen Kabellegung, dann aber zur Verwendung zwischen Schiffen auf hoher See dienen werden.

Kleines Feuilleton

Institut für graphische Statistik in Moskau

In Moskau wird ein Institut für graphische Statistik zum Zwecke der technischen und Produktionspropaganda und zur Unterstützung der Schulen und sonstigen Erziehungsarbeit gegründet. Das Institut wird nach den Methoden der graphischen Statistik des Wiener sozialwirtschaftlichen Museums aufgebaut, dessen Leiter Dr. Meyrat nebst mehreren Mitarbeitern nach Moskau an das neue Institut berufen wird. Das Institut wird in erster Linie Diagramme, die den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, die Weltwirtschaftskrise usw. veranschaulichen, herausgeben.

Kupfer verhindert Schimmelbildung.

Wie aus Experimenten des Washingtoner Institutes für Pflanzenforschung hervorgeht, kann man Früchte durch Anwendung von Kupfersulfat vor Schimmelbildung bewahren. Zu diesem Zwecke umwickelt man die Früchte mit Papier, welches zuvor mit einer Lösung dieser chemischen Verbindung getränkt wurde. Allerdings müssen die Früchte vor Genuß gewaschen werden.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER 8

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

9. Fortsetzung

Abends nach der Arbeit haben sie mich vor das Anstaltsgericht geschleppt. Das war unten im Keller. Alles war schwarz ausgeschlagen. Die Oberin und zwei Schwestern saßen dort. Fünf andere Schwestern standen noch dabei. Ich mußte mich auf ein scharfkantiges Stück Holz knien. Dann hat die Schwester erzählt, was ich Schreckliches verbrochen hab'. ‚So, die Hände will sie schonen, hat die Oberin gerufen, ‚wir werden sie ihr schonen; Schwester Klara, geben sie ihr zwölf auf die Hände. Zwei Schwestern haben mich gehalten und die Klara hat mit einem dünnen spanischen Rohr sechsmal fürchterlich auf jede Hand gehauen. Meine Hände waren ganz geschwollen. Die Finger konnte ich überhaupt nicht mehr bewegen.

‚So, das war für das Schonen der Hände,' hat dann die Oberin gesagt. ‚Und jetzt die Strafe für die Widersetzlichkeit, den Ungehorsam und den tätlichen Angriff auf eine Vorgesetzte: acht Tage Dunkelarrest, jeden Tag fünfundzwanzig auf den Hintern und jetzt gleich fünfundzwanzig, aber feste.' Zwei Schwestern haben mich auf die Bank geschnallt und die Oberin nahm eine schwere lederne Peitsche. Fünfundzwanzigmal hat sie mich damit auf den Hintern geschlagen. Aufstehen habe ich überhaupt nicht mehr gekonnt. Dann haben sie mich in die dunkle Zelle geschleppt. Auf dem blanken Boden mußte ich acht Tage lang liegen mit meinem zerschlagenen Hintern. Jeden Tag sind drei Schwestern gekommen, haben mich in das Gerichtszimmer getragen, wieder auf die Bank geschnallt und noch einmal fünfundzwanzig draufgeschlagen. Was das für Schmerzen waren, kann sich niemand ausmalen."

„Das gibt's nicht," unterbrach Hedi, „das hast du erfunden, so schlechte Menschen leben ja gar nicht, und noch dazu Schwestern."

„Hast du eine Ahnung," entgegnete Betty, „das hat's jeden Tag gegeben. Kein Tag ist gewesen, an dem nicht wenigstens eine Schläge bekommen hat. Solange ich drinnen war, war selten eine Woche, wo sie mich nicht drangekriegt haben. Wir haben's ja bald gemerkt, daß sie es nur tun, weil's ihnen Freude gemacht hat. Das mit der Erziehung und der Besserung, das war immer nur ein Vorwand. Wenn man nichts getan hat, haben sie eben etwas erfunden. Aber Schläge haben wir immer bekommen. Und wie hat die Oberin gestrahlt, wenn sie eine gehauen hat. Das hat man ihr angemerkt, daß das ein Fest für sie gewesen ist. Ich weiß jetzt, warum das alles gewesen ist. Eine von uns hat heimlich ein Buch eingeschmuggelt. Da ist's drin gestanden. Sadismus nennt man so etwas. Uebrigens waren das gar keine Ordensschwestern, das waren weltliche. Wir haben nur Schwester und Oberin zu ihnen sagen müssen, weil's in den anderen Anstalten so ist."

„Und sonst," fragte Hedi, „habt ihr denn nichts gelernt da drinnen?"

„Gelernt," meinte Betty wegwerfend, „da war niemand, von dem man etwas hat lernen können. Hungern haben wir gelernt und frieren und geprügelt werden und gemein sein und sonst nichts."

„Ja, was habt ihr denn den ganzen Tag gemacht, ihr müßt doch etwas getrieben haben?"

„Arbeiten haben wir müssen für die Schwestern. Die Schwestern haben Felder und Weinberge und Vieh und Gärten. Da haben sie uns hinausgetrieben und haben uns arbeiten lassen. Alles recht altmodisch und ohne Hilfsmittel, damits ja recht schwer ist. Mit dem Spaten haben wir die Felder umstechen müssen. Im Stall hats keine Mistgabeln gegeben, alles mit den bloßen Händen. Wenn wir vom Felde zurückgekommen sind, gabs dann die häusliche Arbeit. Da mußten wir putzen und fegen. Mit so kleinen Bürsten, wie man sie für die Hände hat, den Fußboden aufputzen. Oder Treppenputzen. Das war besonders gemein. Die haben wir von oben nach unten putzen müssen. Da hat man immer auf der Kante der oberen Treppenstufe knien und dabei die untere Stufe putzen müssen. Da sind einem die Knie ganz blutig zerschunden worden. Weh hat einem überhaupt immer alles getan. Die Hände, weils keine Werkzeuge gab, die Knie vom Aufknien auf den spitzen Kanten, der Hintern von den Schlägen und der ganze Körper von der Arbeit. Und daß es nichts zu fressen gegeben hat, das ist ja eigentlich selbstverständlich. Lauter Dreck; geekelt hats einen, wenn man das Zeug nur gesehen hat."

„Und das hast du drei Jahre lang ausgehalten?"

„Ja, was wollt ich denn anders machen. Einmal hab ichs versucht und bin ausgerissen. Da haben sie mich erwischt und der Gendarm hat mich gefesselt wieder eingeliefert. Acht Tage Dunkelarrest, jeden Tag fünfundzwanzig auf den Hintern und auch noch zwölf auf die Hände."

„Arme, arme Betty."

Hedi war blaß geworden. Eine Welt des Entsetzens tat sich vor ihr auf. Sie konnte nicht fassen, daß so etwas geschehen konnte auf Erden.

Eine lange Pause entstand.

„Was willst du denn jetzt machen?" unterbrach sie schließlich das Schweigen.

Was soll ich machen. Mein Leben ist zerstört. Hätten die mir in Ruhe gelassen, dann wäre ich jetzt wohl erste Stickerin beim Stury und tät soviel verdienen, wie ich brauche. Aber so. Mich nimmt keiner mehr. Wer wird denn einen früheren Fürsorgezögling bei sich anstellen? Und wenn ich was verdiene, hilfts auch nichts. Dann nehmen sie mirs weg. Heute früh vor der Entlassung hat mir die Oberin aus dem Gesetzbuch vorgelesen: ‚Die Kosten der Fürsorgeerziehung sind aus dem pfändbaren Vermögen des Minderjährigen zu erstatten.' Dann hat sie mir gesagt: ‚Du warst jetzt 1070 Tage in unserer Anstalt, jeder Tag kostet eine Mark für Verpflegung und Kleidung und Wohnung und Erziehung.' Ins Gesicht hab ich ihr gelacht, wie sie Erziehung gesagt hat. ‚Also machts im ganzen 1070 Mark, die bist du dem Jugendamt schuldig.' Das hab ich dann unterschreiben müssen. ‚Dreißig Mark in der Woche sind pfandfrei,' hat die Oberin gesagt, ‚was du mehr verdienst, wird gepfändet, damit du deine Schulden beim Jugendamt bezahlen kannst.' Also so machen sie es mit unsereinem, erst reißen sie einen aus dem Beruf heraus, zwingen einen dazu, daß man nichts mehr durch Arbeit verdienen kann, muß sich drei Jahre lang von der Bande quälen und schlagen lassen und dann wollen sie auch noch haben, daß man dafür bezahlen soll, daß man sein ganzes Leben lang arbeitet, um ihre Kosten für Verpflegung abzutragen. Dabei haben sie einen dreiviertel verhungern lassen. Wenn sie mich in Ruhe gelassen hätten, ich hätte mich selber ernähren können. Ich arbeite nichts mehr, sonst kriegen sie auch noch ihre 1070 Mark von mir."

(Fortsetzung folgt)

Weltfrieden durch die Revolution!

Tagung des Friedenskartells Dresden

„Wir Mütter, die wir kein anderes Mandat haben, als das Leid und den Schrecken der Vergangenheit und die Angst um die Zukunft unserer Kinder, glauben ein Ideal postulieren zu müssen, um einen Weg zum Ziel finden zu können!"

Das ist ein ergreifender Appell, und vor seiner Aufrichtigkeit muß die Kritik auf Spott und Ironie verzichten. Aber kritisiert muß werden; denn wenn auch Veranstaltungen wie die „Kundgebung für allgemeine und totale Weltabrüstung" vom 20. November 1931 im Dresdner Künstlerhaus ein Fortschritt ist gegenüber der Sturheit von Stahlhelm-Heldenmüttern und Nazi-Mägden, so bleiben sie doch ein Zurückbleiben gegenüber der einzigen Lösung des Kriegsproblems, der proletarischen Revolution. Aufklärung über das Grauen und die Verabscheuungswürdigkeit des Krieges ist gut, aber sobald sie falsche Vorstellungen wachruft und stärkt über die Möglichkeit seiner Abschaffung, bewirkt sie das Gegenteil ihres Zweckes: sie schwächt nicht sondern sie fördert die Kräfte des kommenden Krieges.

Manchmal dämmert die Erkenntnis auf. So z. B. wenn Mme. Wanner aus Lyon sagt: „Der Krieg in der Mandschurei belebt die Börse in Paris, weil er den Interessen der Hochfinanz entspricht." Oder Dr. Margn Stegmann: „Die Menschheit hat Sehnsucht nach Frieden, niemand hat Sehnsucht nach Giftgas, aber doch wird es erzeugt, denn eine handvoll Fabrikanten hat Sehnsucht nach Profit."

Wenn Sie den Weg erkunden, Frau Freund-Hoppe, den solche Zeiger weisen, d. h. den Weg der unschönen und harten Wirklichkeit, dann werden Sie Ihrem Ziele näher kommen, nicht aber, solange Sie „ein Ideal postulieren" und zu diesem Wunschbild eine Brücke aus kleinbürgerlichen Illusionen bauen!

Es gibt nur eine gesellschaftliche Kraft, deren Interessen losgelöst sind von der Grundursache aller Kriege: der Ausbeutung von Menschen durch Menschen. Diese Kraft ist das Proletariat. Erst wenn das Proletariat auf der ganzen Welt zur Macht gekommen sein wird, werden alle Kriege zu Ende sein. Das Proletariat aber kann auf den Weg zur Macht gebracht werden, nicht durch „Erziehung zur Gewaltlosigkeit", sondern nur durch Erziehung zum Klassenkampf mit allen Mitteln. Nicht Krieg dem Kriege schlechtweg, sondern Krieg dem imperialistischen Raubkrieg! Nicht Gewaltlosigkeit, sondern Ueberwindung der Ursachen der Gewalt durch Vollendung der Gewalt! Dann kann und wird es Frieden geben! —hawi.

Mörder der Demokratie

Sozialdemokraten an der Spitze

Darmstadt, 19. November.

Der hessische Minister des Innern, der Sozialdemokrat Leuschner, hat in Ergänzung des kürzlich erlassenen Umzugsverbotes die Kreis- und Polizeiämter angewiesen, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in der Zeit vom 18. 11. bis 15. 12. 31 die politische Versammlungstätigkeit vorübergehend einzuschränken ist. In dieser Zeit sind alle öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen untersagt, ferner auch Mitgliederversammlungen, die lediglich als Ersatzversammlungen zur Umgehung dieses Verbotes abgehalten werden und eines besonderen polizeilichen Schutzes bedürfen.

*

Mit dieser Maßnahme folgt der sozialdemokratische Minister Leuschner dem Beispiel, das wenige Monate zuvor der gleichfalls sozialdemokratische Innenminister des Freistaats Baden gegeben hat. Der badische Herr hat die Sistierung der verfassungsgemäß garantierten Versammlungsfreiheit für die Dauer eines Monats bemerkenswerterweise mit der starken Ermüdung der Landespolizei begründet.

War die Hessenwahl für die SAP ein Erfolg?

Die Sozialistische Arbeiterpartei trat in den Wahlkampf ein ohne Organisation, ohne Presse, ohne Mittel und erhielt von den rund 800 000 Stimmberechtigten 8000 Stimmen. Im Jahre 1921 beteiligte sich die KPD erstmalig an den Reichstagswahlen. Sie verfügte damals im Wahlkreis Düsseldorf-Ost über eine ausgebaute Organisation, über eine gut ausgebaute Presse, über reichlich Mittel, Flugblätter usw. usw. Sie erhielten von den rund 1,4 Mill. Stimmberechtigten, die dieser Wahlkreis 1930 aufwies, rund 12 000 Stimmen.

Aus dieser Gegenüberstellung ersieht man, wie sehr die Gründung der SAP selbst in einem Lande wie Hessen Widerhall gefunden hat.

Erhöhung der französischen Eisenbahntarife. Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf über Reorganisation der Eisenbahngesellschaften eingebracht. Im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf dürfte der Ministerpräsident in der nächsten Woche den Kommissionen für öffentliche Arbeiten und für Finanzen bekanntgeben, daß er eine Erhöhung der Eisenbahntarife um 25 Prozent plane, um den gegenwärtigen Fehlbetrag der Eisenbahngesellschaften auszugleichen.

Die Weltbühnenleute sollen 1½ Jahre brummen

Gefängnis für Etatkritik!

Will das Reichsgericht dem Ausland den Glauben an illegale Rüstungen beibringen?

Leipzig, 23. November

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat heute mittag sein Urteil gegen Carl von Ossietzky, den Herausgeber der „Weltbühne", und gegen den Schriftsteller Walter Kreiser verkündet. Es lautet, entsprechend dem Strafantrag des Vertreters der Reichsanwaltschaft wegen Verrats militärischer Geheimnisse, auf je ein und ein halbes Jahr Gefängnis.

Die Begründung des Urteils ist in nichtöffentlicher Sitzung verkündet worden. Den Hörern aber wurde ein Schweigegebot auferlegt. Das Reichsgericht trägt also selbst die Verantwortung dafür, wenn angesichts seines Spruches das Wort eines verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten nur leicht variiert aufs neue angewandt werden darf:

Wir kennen die Gründe des Reichsgerichts nicht; aber wir mißbilligen sie!

Ueber die unbekannte Begründung hinweg ist zu sagen, daß die Prozedur des Vierten Strafsenats in Sachen Ossietzky eine Ungesetzlichkeit ist und bleibt. Die ständige Rechtsprechung des Reichsgerichts in Sachen des sogenannten Landesverrats erhebt sich gewohnheitsmäßig über völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken. Wir sprachen schon aus, daß diese Praxis mit dem Recht nichts mehr gemein hat.

Im vorliegenden Fall sollte in der Person Carl von Ossietzkys ein tapferer Streiter getroffen werden, der dem Reichsgericht seine Verachtung niemals verhehlt hat, und alles schöne Reden des „berühmten" Rechtsanwalts Alsberg, der sich mit scharfsinnigen Argumenten gegen die „Rechts"-Ansicht des erkennenden Senats wandte, war schon darum nichts nutze, weil hier — koste es, was es wolle! — eine Verurteilung erzielt werden mußte.

Es müßte doch eigentlich dem Reichsgericht klar sein, daß das Ausland aus diesem Prozeß wieder, aus dem Verfahren, der Heimlichkeit, dem Strafmaß, Schlüsse ziehen könnte, deren Wirkung eher „abträglich für die Interessen des Deutschen Reiches sein müßten als eine verfassungsrechtlich erlaubte Kritik an einem jedermann bekannten Etat!" Hoffentlich leiten nun aber wenigstens jene deutschen, vorwiegend sozialdemokratischen Kreise, deren Illusionen immer noch nicht geschwunden sind, aus der Art von Prozeßführung hinter verschlossenen Türen, aus der Geheimhaltung der Urteilsgründe und schließlich aus der Strafhöhe die Erkenntnis ab, daß recht unfreundliche, keinesfalls milde Winde in den himmlischen Regionen der deutschen Luftfahrt herrschen und daß Reichsgericht und Reichsregierung nicht gesonnen sind, Kritik zu dulden. Beide Instanzen fordern bedingungslose Tolerierung!

Stahlhelm unter Landesverratsschutz!

Kritik am Heeresetat — das bedeutet 1½ ahre Gefängnis. Das ist „Landesverrat". Feststellung der Stärke eines Stahlhelmaufmarschs, der anwesenden Prominenten — das kostet „nur" 6 Monate Gefängnis. Das ist auch versuchter Landesverrat. Also entschied das Breslauer Gericht, den Landesverratsprozeß gegen den polnischen Staatsangehörigen Anton Sternal zu führen hatte.

Der Angeklagte wurde, wie erinnerlich, beschuldigt, gelegentlich der Stahlhelmparade am 31. Mai d. J. versucht zu haben, festzustellen, wie groß die Teilnehmerzahl am Stahlhelmtag gewesen sei, welche prominenten Persönlichkeiten anwesend waren, wie die einzelnen Teilnehmer ankamen, wie sie untergebracht waren und welche eden sie gehalten hatten. Das waren zwar alles bekannte Dinge. Für einen Groschen konnte sie jeder aus den Zeitungen entnehmen. Sie waren in aller Oeffentlichkeit besprochen und kritisiert worden. Die Anklagebehörde stand jedoch auf dem Standpunkt, obwohl der Stahlhelm in keiner denkbaren Verbindung zur Reichswehr stünde, sei der Angeklagte doch dieser Ansicht gewesen. Er habe daher die Landesverteidigung vorsätzlich schädigen wollen.

Neuer Vormarsch Japans?

Der Völkerbund entsendet „Studienkommission"

London, 23. November.

Der Sonderkorrespondent des Daily Telegraph in Mukden meldet:

Vorzeichen von der Art, wie sie den Kämpfen am Nonni-Fluß und der Besetzung von Tsitsikar voraufgingen, sind wiederum erkennbar. Diesmal deuten sie auf Tschintschau und Schanghaikwang südwestlich und südlich von Mukden hin. Vor der japanischen Expedition an den Nonni-Fluß waren Berichte über militärische Operationen der Chinesen eingegangen, die auf eine Gefährdung der japanischen Zivilbevölkerung und der japanischen Verbindungslinien hindeuteten. Während der letzten Tage gehen ähnliche Berichte über die Eisenbahnlinie Peking—Mukden ein. In diesem Zusammenhang ist das Eintreffen der gemischten Brigade von fünftausend Mann bemerkenswert, die auf Befehl des japanischen Oberbefehlshabers, Generals Honjo, am Sonnabend in den Straßen von Mukden eine Parade veranstaltete. Die Soldaten machten einen vorzüglichen Eindruck.

Bestätigendes Dementi

London, 23. November.

Einer Times-Meldung aus Tokio zufolge, hat das japanische Innenministerium bekanntgegeben, daß die Armee keinen Vormarsch auf Tschintschau plane. Allerdings seien **Maßnahmen gegen Räuberbanden geplant, die zwischen Mukden und Tschintschau ihr Unwesen treiben.** (Mit anderen Worten: der Vorwand ist schon gefunden. Red.).

Was tut der Völkerbund?

Am Sonnabend hat der Völkerbundsrat eine öffentliche Sitzung abgehalten. Es wurde viel geredet und wenig beschlossen. Jedenfalls nichts, was den Japanern wehtun könnte. Es wird eine Studienkommission an Ort und Stelle entsandt werden, aber sie darf nicht, wie der japanische Delegierte ausdrücklich feststellt, in die Verhandlungen eingreifen, die zwischen beiden Parteien aufgenommen werden könnten. Japan also gewinnt wieder Zeit und wird versuchen, seine Stellung auszubauen. Es wird nicht in Verlegenheit kommen, denn es wird jeden Tag neue Unruhen entdecken können, um dann zum Schutze des Lebens und des Eigentums seiner Untertanen neue Truppen zu entsenden. Das dürfte kurz skizziert ungefähr der Tatbestand sein.

Russischer Wink

In einem „Ernste Lage in der Mandschurei" überschriebenen Artikel der „Iswestija" heißt es u. a.: Die Sowjetunion weiß, daß dunkle Kräfte Japan und Sowjetunion gegeneinanderhetzen wollen. Wir glauben nicht, daß Japan ein Interesse daran hat, auf der Jagd nach der mandschurischen Beute sich gegen die Sowjetunion verhetzen zu lassen. Japan hat keine Garantie dafür, daß seine imperialistischen Feinde, die nur an die Verteilung der Beute denken, nicht schließlich eine gegen Japan gerichtete chinesische Bewegung unterstützen werden, wenn Japan in der Mandschurei in die Klemme geraten sollte. Schon das sollte Japan als Warnung gereichen, gespannte Beziehungen gerade mit der Sowjetunion zu schaffen, dem einzigen Lande, das tatsächlich Friedenspolitik betreibt und weder im Fernen Osten noch in anderen Gebieten, wo es mit anderen Staaten in Berührung kommt, eigennützige Zwecke verfolgt. Man darf keinen Augenblick vergessen, daß der Ferne Osten das Pulverfaß ist, das durch das Vorgehen der Imperialisten zur Explosion gebracht werden kann.

Kein Krieg — aber Kriegsanleihe!

Tokio, 23. November.

Nach einer japanischen Blättermeldung will das japanische Finanzministerium eine Kriegsanleihe zur Deckung der Kosten der japanischen Militärexpedition in Höhe von 35 bis 50 Millionen Yen auflegen. Der Entwurf wird im Augenblick noch von der japanischen Regierung beraten. Man glaubt, daß die Anleihe schon in der nächsten Zeit aufgelegt werden wird.

Zur Hebung der „Stimmung"

Massenverhaftungen angeblicher Kommunisten

Tokio, 23. November.

Auf Veranlassung des japanischen Innenministeriums wurden in Tokio am Sonnabend zahlreiche Haussuchungen vorgenommen und umfangreiches Material über das Bestehen einer antimilitaristischen Liga beschlagnahmt. Die Liga hatte sich die Aufgabe gestellt, Massenkundgebungen gegen die japanische Politik in China zu organisieren. Alle Mitglieder der Liga gehören der kommunistischen Partei Japans an. Insgesamt wurden 104 Funktionäre dieser Liga verhaftet, die wegen Hochverrats unter Anklage gestellt werden.

Abbau der Spitzengehälter

. . . In der Tschechoslowakei

Wie die „Prager Presse" meldet, hat der Ministerrat beschlossen, die Notgesetze am Dienstag im Abgeordnetenhaus einzubringen. Das Budget des Präsidenten der Republik wird um 16⅔ Prozent reduziert, die Gehälter der Minister einschließlich des Ministerpräsidenten und des Außenministers um 12 Prozent. Dieselbe Herabsetzung erfahren die Bezüge der Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senats. Die Bezüge der Abgeordneten und Senatoren werden um 6 Prozent gekürzt.

Der Entwurf sieht ferner eine Senkung der Einkommen aller Staatsbeamten in der ersten und zweiten Gehaltsstufe vor, und zwar bei Bezügen von mehr als 54 000 Kronen (1 Krone = 12½ Pfennig. 54 000 Kronen = 6750 Mark) um 4 Prozent, bei Bezügen von mehr als 66 000 Kronen um 8 Prozent und bei Bezügen von mehr als 100 000 Kronen um 12 Prozent. Die Weihnachtszulagen der Staatsangestellten werden generell um 50 Prozent gekürzt. Anspruch auf die halbe Weihnachtszulage haben nur Familienhalter mit einem Bezug bis zu 39 000 Kronen jährlich.

Der Krisenzuschlag zur Einkommensteuer wird von einem steuerbaren Einkommen von 30 000 Kronen an mit 6 Prozent der bisherigen Einkommensteuer eingehoben. Der Krisenzuschlag steigt von 6 Prozent bis zu 30 Prozent je nach der Höhe des Einkommens. Der Krisenzuschlag beträgt von Tantiemen bis 50 000 Kronen 100 Prozent, bis 100 000 Kronen 150 Prozent und über 100 000 Kronen 200 Prozent der bisherigen Steuer.

*

Die Tschechoslowakei ist eben ein barbarischer Staat. Er fängt mit der Kürzung der Einkommen oben an, und nicht unten, wie es bei uns der Brauch ist. Herr Brüning wird mit Verachtung auf seine Kollegen blicken, die das ABC stattsmännischer Kunst so schlecht gelernt haben!

Beim Stahlhelm ist alles Zufall

Zu der Festnahme einer Abteilung des Oberhausener Stahlhelms, die bei Bottrop eine verbotene Geländeübung abgehalten haben soll, stellt die Ortsgruppe des Stahlhelms fest, daß es sich lediglich um eine Wanderfahrt kleinerer Gruppen gehandelt habe, die sich zufällig getroffen hätten. Die jungen Leute hätten bei dem polizeilichen Verhör nachweisen können, daß sie nicht gegen irgendwelche Verordnungen verstoßen haben. Sie sind daher wieder freigelassen worden.

Dem Stahlhelm glaubt Severings Polizei den handgreiflichsten Schwindel; bei Proleten aber gibt es keine Gnade.

KPD-Funktionäre kommen zur SAP!

Durch den stürmischen Vormarsch der SAP im ganzen Reich ist die kommunistische Partei gezwungen, in ihrer Presse den Nachweis zu führen, daß die SAP keine Existenzberechtigung habe. Der Uebertritt zahlreicher kommunistischer Arbeiter zur SAP beweist aber gerade das Gegenteil. So sind auch in Frankenthal in der Pfalz die beiden kommunistischen Stadträte Bold und Wolf vergangene Woche in unsere Frankenthaler Ortsgruppe übergetreten. Beide Genossen standen seit einem Jahrzehnt als maßgebende Funktionäre der KPD in der politischen Bewegung.

Das faschistische „Paradies"

1,167 Milliarden Fehlbetrag im italienischen Staatschatz.

Rom, 20. November.

Nach dem Ausweis des Staatsschatzes vom 31. Oktober ist der Fehlbetrag im Haushalt auf 1,167 Milliarden Lire gestiegen. Die inneren Schulden haben um 156 Millionen Lire zugenommen und belaufen sich auf 92,8 Milliarden Lire. Der Banknotenumlauf ist um weitere 40 Millionen vermindert worden und beträgt 14,4 Milliarden.

Die sozialdemokratische Preußenfraktion wird sich am 24. November, dem Tage des Wiederzusammentritts des Landtages, mit der Frage befassen, wen sie als Nachfolger des verstorbenen Landtagspräsidenten Bartels benennen will. Als Kandidaten werden die Abgeordnete Leinert, der bekanntlich vor Bartels Landtagspräsident war, und der Abgeordnete Winzer-Breslau genannt.

Beratungsstelle für Spielmannszüge und Fanfarenchöre

Als Beratungsstelle für alle, die Spielmannszüge und Fanfarenchöre unserer Bewegung betreffenden Fragen hat sich angeboten der Genosse Alfred Pügner, Chemnitz, Lützowstr. 84 I.

Wer Auskunft in allen diese nicht unwichtige Frage betreffenden Angelegenheiten haben will, wendet sich an die oben angegebene Adresse.

Der Hauptvorstand der SAP.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Adler 08 schlägt Luckenwalde II überzeugend 7:2 (3:1)

Pankow überläßt Luckenwalde V kampflos die Punkte

Die Hauptfrage war am Sonntag: wie wird Adler nach der Niederlage in Luckenwalde sich einstellen, um weiter in Meisterschaftshoffnung zu leben. Bei herrlichstem Wetter und vor zahlreichen Zuschauern taten die Nordleute zunächst recht wenig zur Lösung der Frage. Luckenwalde fand sich auf dem fremden Platz sogar zuerst und hätte durch die Leichtsinnigkeit der Adlerläufer fast den Führungstreffer herausgeholt. Der Ball ging aber über das leere Tor. Dann aber klappt es in der Stürmerreihe der Blaugelben nicht mehr, während Adler eine Sturmwelle nach der anderen gegen das Luckenwalder Tor rollte. Zunächst ohne Erfolg, weil die Läuferreihe viel zu weit aufrückt und damit erreicht, daß die gegnerische Verteidigung zeitweise bis auf fünf Mann anwächst. So kommt es, daß oft drei Spieler gleichzeitig am Ball sind. Lw. beschränkt sich auf Durchbrüche, die stets gefährlich sind. Erst die 22. Minute löst die Spannung. Lw.'s Läufer macht absichtlich Hand — der Elfmeter wird unhaltbar verwandelt. In der 29. Minute endlich Auflockerung der Verteidigung, der Ra. flankt auf der Linie, der Torwächter verpaßt und Wolter (Lw.) schießt scharf aus einem Meter Entfernung ein. Der Schiedsrichter gibt trotz Widerspruchs mit Recht Tor, weil der scheinbar abseits stehende Linksaußen hinter dem Ball war. Luckenwaldes Läufer lassen jetzt nach. Eine flache Flanke von rechts will der Schlußmann im Wurf halten, aber der Verteidiger lenkt den Ball ins eigene Netz. Die Lustlosigkeit der Hintermannschaft wird offensichtlich; aber Adler hält zu sehr das Spiel im gegnerischen Strafraum und kommt so trotz aller technischen Feinheiten bis zur Pause zu keinem weiteren Erfolge. Dagegen gelingt den Gästen ein schneller Durchbruch, die linke Seite läßt die Läufer hinter sich, und nach einem kleineren Geplänkel heißt es 3:1!

Nach dem Wechsel macht sich auch die körperliche Ueberlegenheit des Platzvereins mehr geltend. In der 8. Minute landet ein kurzer Drehball nach glänzendem Zusammenspiel unhaltbar dicht neben dem Pfosten. In der 16. Minute veranlaßt Handabwehr abermals einen Elfer, den der Mittelläufer verwandelt. Dessen etw[illegible] reichliches Dribbeln bei sonst sehr gutem Auf[illegible]piel führt zu unnötigen Abseitsstellungen. Im Anschluß an einen Freistoß bricht Luckenwalde wieder durch und verbessert das Ergebnis durch Schrägschuß. Im Alleingang kann dann Adlers Mittelläufer überraschend einen langen Schuß gerade unter die Latte quetschen. Kurz vor Schluß ist der Linksaußen wieder völlig ungedeckt und kann einen ihm uneigennützig zugespielten Ball zum 7. Tore einpieken.

Adler muß trotz des hohen Ergebnisses seine Taktik ändern, wenn stärkere Gegner geschlagen werden sollen! Ma.

Pankow fuhr nicht nach Luckenwalde. Es scheint in der Abteilung A jetzt Mode zu werden „abzuschreiben“. Alle finanziellen Schwierigkeiten berücksichtigt, sollte es eine Kreisklassemannschaft dennoch ermöglichen, anzutreten. Das gilt nicht nur für unsre Pankower Freunde!

Im Spiel Weißensee gegen Teltow blieb Weißensee überraschend mit 8:2 (3:0) über Teltow Sieger. Damit führt Adler 08 mit 2 Verlustpunkten weniger die Tabelle B.

Minerva gegen Lichtenberg I 3:1, die zweiten Mannschaften beider Vereine trennten sich 2:0 für **Minerva. Jugend Minerva** gegen **Lichtenberg 3:0.**

Handballspiele

In der **1. Klasse** der **Abt. A** konnte sich der Kreismeister Volkssport Wedding wie erwartet gegen die Fr. Turnerschaft Velten durchsetzen. Seine systemvollere Spielweise und die größere Entschlossenheit der Stürmer brachte einen 9:1-Sieg zustande. — Sehr günstig schnitt Volkssport Wedding 3 ab. Fichte Copenick wurde überzeugend 9:4 geschlagen. — Die FTGB-Nordost konnte sich über die FT. Hennigsdorf mit 10:5 behaupten. Leider gab Hennigsdorf nicht den erwarteten Gegner ab, so daß das Spiel von Nordost sehr überlegen durchgeführt wurde. — Daß Eintracht-Mahlsdorf sich gegen ASV. Schöneberg ohne weiteres mit 6:1 durchsetzen konnte, ist als Ueberraschung anzusehen.

Das Hauptspiel in der **Abt. D** lag zwischen FTGB-Nordring und FTGB-Süden. Obwohl Süden bisher in dieser Abteilung als die beste Mannschaft galt, mußte man aber auch Nordring, die an Spielstärke bedeutend zugenommen haben, eine Chance einräumen. Schließlich erwies sich Süden doch als spielerfahrener und zeigte mehr Entschlossenheit im Torwurf. Dadurch ermöglichte sich das 6:2-Resultat für Süden.

Bezirksklasse Osten: FTGB-Adlershof setzte sich gegen Eiche-Copenick 2 mit 6:2 (2:1) durch. — FTGB-Lichtenberg behauptete sich fernerhin für die Abteilungsführung, da es FTGB-Osten 2 7:2 (2:1) schlug. — FT. Halbe gegen TSV. Kaulsdorf 2 4:0 (2:0). — **Frauen:** Eintracht-Mahlsdorf gegen Eiche-Copenick 1:2 (1:1). — FTGB-Adlershof gegen FT. Velten 3:0 (2:0).

Bezirksklasse Norden: FT. Schwante gegen Volkssport Wedding 4 1:2. — Volkssport Wedding 5 gegen FT. Botzow 3:1 — FTGB-Nordring 2 gegen Ruderverein Vorwärts 7:2. — **Frauen:** Volkssport Wedding 1 gegen Volkssport Wedding 2 8:1. — Volkssport Wedding 3 gegen Berliner Schwimm-Union 2:1. — FTGB-Nordring gegen ASV. Wedding 0:11. — **Jugend:** FTGB-Nordring gegen Turnerschaft Brandenburg 5:3. — Männer-FT Friedrichsthal 2—Ruderverein Vorwärts 2 6:1 (1:0).

Bezirksklasse Süden: ATV. Ruhlsdorf gegen ASV. Schöneberg 2 3:1 (3:1). — ATV. Ruhlsdorf gegen Fr. Sportverein Pankow 0:3 (0:2). — FTGB-Kanu gegen Charlottenburger Kanufahrer 5:2 (2:2). — FTGB-Kanu 2 gegen Charlottenburger Schwimmer 2 0:4.

Kreismeisterschaften der Schwimmer

Neue Bundesbestzeit

Der 1. Kreis des ATuSB. „Schwimmer“ schwamm am Sonntag im Wellenbad Lunapark seine diesjährigen Kreismeisterschaften ab. 18 Vereine konnten in ehrlichen Wettbewerb treten, und es war damit nicht nur ein interessanter Abend gesichert, sondern das einstimmige Urteil der Zuschauer, das durch lebhaften Beifall zum Ausdruck kam, zeigte, daß der „Arbeitersport“ seine Veranstaltungen zu organisieren versteht.

Kreisschwimmwart Gen. Hofmann begrüßte die trotz der Wirtschaftskrise zahlreich erschienenen Besucher und wünschte den einzelnen Vereinen einen guten Erfolg. Das Männerkraulschwimmen 100 m zeigte gute Besetzungen und mancher Schwimmwart sah schon seinen Verein den Sieg zufallen, doch in allerletzter Minute gewann Grohn-Charlottenburg vor Richter-Lichtenberg und Frohn-Neukölln. Im männl. Jugendbrustschwimmen konnte der Bnattige Robinson-Krzbg. mit der beachtlichen Zeit 1.31 vor Müller-Friedrichshain gewinnen. Der zweite Start zeigte die 16-18jährigen im scharfen Konkurrenzkampf. Hier holten sich Lehmann-Berlin XII vor Rohr-Neukölln und Wyrzokowski-Hellas den Sieg. Die Ausscheidungskämpfe in der 4mal 100-m-Männerlagenstafette konnte Hellas gegen Möwe knapp gewinnen. Im Springen für Männer zeigten Kohn und Nachtigall gute Leistungen, doch sind die Berliner von ihnen etwas enttäuscht, sie haben schon Besseres gezeigt. Nachtigall errang 80 Punkte, Kohn mußte sich mit 47 Punkten begnügen. Auch das männliche Jugendkraulschwimmen brachte guten Sport. Im schärfsten Kampfe gewann Leske-Hellas vor Holzelmann-Hellas und Kutti-Möwe, letztgenannte konnte gleiche Zeiten aufweisen. In der Frauenstafette 3mal 100 m gewann Neukölln gegen den einzigen Gegner Hellas. [illegible] Ueberraschung brachte die Männerkraulstafette 4mal 100 m, denn **Hellas I konnte die Bundesbestzeit um 7 Sekunden verbessern,** und zwar von 4.44.1 auf 4.37.1.

Kreismeister wurden:

Männer-Kraulschwimmen 100 m: Grohn-Charlottenburg 1.05.1 Min. — Männl. Jugend-Brustschwimmen 100 m, 14 bis 16 Jahre: Robinson-Kreuzberg 1.31.1 Min. — 16 bis 18 Jahre: Lehmann-Berlin XII 1.22.1 Min. — Frauen-Rückenschwimmen 100 m: Frohn, Groß-Berlin, 1.31.1 Min. — Weibl. Jugend-Kraulschwimmen 100 m, 14-16 Jahre: Gresch-Charlottenburg 1.50.2 Min. — 16-18 Jahre: [illegible] 1.56.7 Min. — Männer-Lagenstafette 4mal 100 m: Hellas [illegible] Min. 2. Möwe [illegible] Min. — Männer-Kunstspringen: Nachtigall-Hellas 80 Punkte. — Männl. Jugend-Kraulschwimmen 100 m, 14-16 Jahre: Leske-Hellas 1.13.1 Min. — 16-18 Jahre: [illegible] Möwe 1.15.9. — Weibl. Jugend-Rückenschwimmen 100 m, 14-16 Jahre: [illegible] Groß-Berlin [illegible] Min. — 16 bis 18 Jahre: Schlenker [illegible] Min. — Männer-Seitenschwimmen 100 m: [illegible] 1.20.9 Min. — Männer-Brustschwimmen 100 m: [illegible] Berlin 1.22.6 Min. — Frauen-Lagenstafette 3mal 100 m: Groß-Berlin 4.55.5 Min. — Männl. Jugend-Bruststafette 4mal 100 m: Charlottenburg 6.17.3 Min. — Weibl. Jugend-Lagenstafette 4mal 50 m: Möwe 2.46 Min. **Männer-Kraulstafette 4mal 100 m: 1. Hellas I 4.37.1 Min. Bundesbestzeit;** 2. Hellas II [illegible] Min. — Bruststafette für Vereine ohne Winterbad 4mal 100 m: [illegible] Min. — Männl. Jugend-Lagenstafette 3mal 100 m: Hellas [illegible] Min. — Frauen-Bruststafette 3mal 100 m: Hellas 7.12.5 Min. — Männer-Rückenschwimmen 100 m: Dankel-Groß-Berlin 1.16.5 Min. — Frauen-Kraulschwimmen 100 m: Frohn-Groß-Berlin 1.22.7 Min. — Bruststafette für andere Sparten 4mal 50 m: Tege. [illegible] Min. — Wasserballspiel **A-Klasse Fr. Schwimmer-Charlottenburg gegen ASV. Hellas 7:3 (4:3).**

Sachsen-Sport

Resultate aus dem Vogtlande

Fußball

1. Klasse: Auerbach—Ellefeld 3:6; Spielv. 23 Oelsnitz—Vielau 2:5; Rempesgrün—Dorfstadt 3:7; Wacker gegen Eintracht 2:1; Spielv. 23 Oelsnitz—Elsterberg 7:2; Kürbitz—Reichenbach 2:2; Rempesgrün—Rodewisch 5:3.

2. Klasse: Rempesgrün—Rodewisch 6:1; Spielv. 23 Oelsnitz—Lipperts 6:3; Wacker—Eintracht 1:1; Rempesgrün—Ellefeld 3:3; Auerbach—Ellefeld 3:0; Adorf—Spielv. 23 6:1; Eiche 5. Abt. Plauen—Eintracht 4:2.

3. Klasse: Eiche 5. Abt. Plauen—Eintracht 4:2; Spielv. 23 Oelsnitz—Elsterberg 7:0; Rempesgrün—Dorfstadt 2:2; Spielv. 23 Jugend—Lipperts Jugend 6:0; Eiche 5. Abt. Knaben—Kürbitz Knaben 1:1; Rempesgrün Knaben—Rodewisch Knaben 0:0.

Handball

2. Abt. 1—5. Abt. 1 8:1 (1:0); 2. Abt. Kn.—Haselbrunn 1 Kn. 2:0 (0:0); Haselbrunn 2. Kn.—5. Abt. 1. Kn. 2:1 (2:0); Haselbrunn 1—Falkenstein 1 10:1 (5:0); Haselbrunn Jgd.—Falkenstein Jgd. 2:0 (1:0); Haselbrunn 2—2. Abt. 2 2:3 (0:1); Haselbrunn 3 gegen Haselbrunn Jgd. 10:0 (4:0); 1. Abt. 1—Freie Schwimmer 1 9:3 (4:2); 4. Abt. 1—2. Abt. 1 3:15 (1:9).

Raffball

Lauterbach 2—TV. 1, 2 6:7 (1:5); MTV. 1—Lauterbach 1 10:6 (5:2).

Kraftsportvereinigung 1922 Plauen (Vogtl.) wieder Bezirksmeister

Der am Bußtag in Plauitz ausgetragene Bezirkswettkampf im Gewichtheben brachte der Plauener Mannschaft wieder die auch im Vorjahr innegehabte Stellung. Die Spitze hatte Plauen mit 149.5 Punkten, ihnen folgte Zwickau mit 120.2 P. und Hartmannsdorf mit 90.3 P. Letztgenannter Verein hatte einen Versager im einarmigen Stoßen, dann hat der Verein z. T. noch junge und wenig durchtrainierte Kräfte. Zwickau war dagegen besser und dürfte bald mit Plauen konkurrieren. Die Plauener Mannschaft, bestehend aus H. Ebersbach, A. Leonhardt, K. Leonhardt, M. Arnold, E. Klarner, P. Todt und M. Richter tat, gestützt auf langjähriges intensives Training auch diesmal ihr Bestes. Die besten Leistungen vollbrachten wieder Bantamgewicht: 120 Pfd. einarmig stoßen, 100 Pfd. beidarmig stoßen, 155 Pfd. beidarmig reißen, 190 Pfd. beidarmig stoßen. Leichtgewicht: 110 Pfd. einarmig reißen, 170 Pfd. beidarmig reißen, 200 Pfd. beidarmig stoßen. — Nur weiter so, dann wird den Plauenern der Kampf um die Kreismeisterschaft nicht schwer fallen.

*

Die Uebungsstunde der Vereinigung am Dienstag, dem 24. November 1931, fällt aus. Wir gehen alle in die öffentliche Versammlung der SAP!

Beginn der schlesischen Fußball-Kreismeisterschaften

Ueberraschung bei den Handballern — Auch die Leichtathleten sind tätig

Die Kämpfe zur Ermittlung des schlesischen

Fußball-Kreismeisters

wurden gestern mit dem Spiel Jahn-Penzig (2. Bez.) gegen Sturm-Liegnitz (7. Bez.) in Liegnitz eröffnet. In einem rassigen Spiel, welches einen überaus wechselhaften Verlauf nahm, konnte Penzig nach zweimaliger Spielverlängerung in der 109. Minute einen vielbejubelten 2:1-Sieg erringen. In der Halbzeit lag Sturm-Liegnitz 1:0 in Führung. Zum Schluß der regulären Spielzeit hatte Penzig den Ausgleich geschaffen. Penzig war technisch besser, litt aber an starker Ueberkombination des Sturmes. Absolut ballsicher und eine Klasse für sich zwar die gesamte Hintermannschaft. Liegnitz, das nicht viel schlechter war, spielte vielleicht noch eifriger als Penzig, konnte aber nie recht zum Schuß kommen. Reichlich 600 Zuschauer wurden durch den Spielverlauf vollauf befriedigt.

Der letzte Bezirksmeister ermittelt

Das Bezirksmeisterschaftsspiel Königszelt—Peterswaldau in Königszelt endete mit einer Riesenüberraschung. Es gelang Peterswaldau in einem wechselvollen Spiel, den vorjährigen Bezirksmeister und Endspielgegner um die schlesische Kreismeisterschaft FT. Königszelt 2:1 zu schlagen und damit den Titel an sich zu reißen. Bereits am nächsten Sonntag spielt Peterswaldau in Striegau das Vorentscheidungsspiel um die schlesische Kreismeisterschaft gegen Freie Sportfreunde Waldenburg.

Erwartete Ergebnisse im Fußball

Das trockene Wetter gestattete auch gestern eine restlose Austragung sämtlicher Spiele. Die dabei erzielten Ergebnisse entsprechen durchaus den Erwartungen. Gerade diese Freundschaftsspiele werden dazu benutzt, um zweitklassige Mannschaften gegen die erste Klasse spielen zu lassen. Daher erzielen gerade diese Zweitklassigen Mannschaften sehr achtbare Resultate. Im Endspiel um die Bezirksmeisterschaft der II. Mannschaften konnte Hertz II in einem spannenden Spiel Falke II knapp schlagen und damit diesen Titel an sich bringen. Im einzelnen spielten: FSB.—Sparta 2:1; Sturm—Stern 3:2; VfB.—Rapid 3:1; Askania Rosenthal 3:0; Canth—Tschirnau 2:1; Hertz II—Falke II 1:0; Oswitz—Masselwitz 1:0; Vorwärts—VfR. 2:1; Cawallen—Herold 2:0; Union—Blauweiß 1:0; Strehlen gegen Lengkeit 2:1; Wacker—Rothsürben 3:3.

Die Fußballspiele am Totensonntag brachten keine besonderen Ueberraschungen, wohl aber die

Treffen der Handballer

Daß es den 1925ern gelingen werde, Mochbern 5:2 zu schlagen, hatte niemand erwartet, um so weniger als es Mochbern bis zur Halbzeit gelang, 2:2-Gleichstand herzustellen. 5. Abt. und 9. Abt. trennten sich nach scharfem, temperamentvollem Kampf mit 4:4 (2:0). Nach überlegenem Spiel derer von der 6. Abteilung mußte wegen Unvollständigkeit der 1897er dieser Kampf mit 3:1 für 6. Abt. abgebrochen werden. Als bestes Spiel des Tages kann man wohl das der 2. Abt. gegen die 1. Abt. bezeichnen, das trotz aller Anstrengungen der Gegner sowohl in der Halbzeit (1:1) als auch am Ende 2:2 unentschieden schloß. Die Freien Schwimmer schließlich gewannen Lauschoch 10:2 (6:0) gegen Stabelwitz. Schließlich spielten noch: 6. Abt. II—1897 II 9:1; 1897 III—6. Abt. III 4:2; 5. Abt. III—Strehlen I 4:2; Tennis—Fr. Schwimmer 6:2; 9. Abt. Sportlerinnen—Vil. Sportlerinnen 0:0; 5. Abt. Schüler—Sil. Kick Schüler 10:0. Fr. Schwimmer I—1897 I 9:0 (3:0). — D. Lissa I gegen 1897 II 1:1; 1897 III—Tennis I 1:0.

Eiche-Liegnitz schlägt Spartania-Waldenburg im Boxen 9:5

Einen guten Erfolg hatte der am Bußtag im gut besetzten Saal des „Edelstein“ von Spartania-Waldenburg durchgeführte Boxkampfabend. Nach schönen Kämpfen blieb Eiche-Liegnitz mit 9:5 erfolgreich. Den Hauptkampf bestritten die Halbschwergewichte Wei[illegible] H.-Waldenburg und A. Rohleder-Liegnitz. Der Kampf endete nach hartem Spiel unentschieden.

Mannschaftsringen um die Bezirksmeisterschaft

B-Klasse:

In der B-Klasse gelang es 1911 II—1911 III 12:2 siegreich zu bleiben. In der A-Klasse gelang es 1911 I West 1921 I mit 11:3 niederzuringen, und damit die Position zu halten. In der Jugendklasse konnte 1897 die Sportvereinigung Nordosten 03 mit 12:0 schlagen. Nordost 03 wurden die Punkte gestrichen, weil die Mannschaft nur mit 4 Mann antrat.

Sonntag, 29. 11. 31, Turnhalle Liegnitzer Straße: Letzter Großkampftag im Ringen.

A-Klasse: Nordost 03 — 1911 I
B-Klasse: Nordost 03 — 1911 I
Jugend: Nordost 03 I — 1911 I Jug.

Kleine Sportnachrichten

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

An alle Frauenabteilungen und Alterssportlerinnen: Donnerstag, 3. Dezember, pünktlich 20 Uhr, gemeinsame Turnstunde aller Frauen in der Turnhalle Blücherstraße (3. Turnerinnen-Abt.). Alle Abteilungsleiter der Frauen sind mit anwesend.

An alle Abteilungen. Die Triptyks von der Wien-Fahrt haben folgende Genossen noch abzuliefern: Gebr. Kraus, Gedarie, Günther, Karl Rudolf. Dieselben sind umgehend im Kartellbüro abzuliefern.

An die Arbeiterschaft des Breslauer Westens. Am Freitag, 27. November, veranstaltet die 9. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft in der Klodnitz-Turnhalle ein Schauturnen. Beginn um 19 Uhr. Eintrittspreis minimal.

2. Turnerinnen- und 4. Männer-Abteilung: Mittwoch, 25. November, 20 Uhr, Heimabend, Seydlitzstr. 1, Ecke Hohenzollernstraße. Vortrag des Gen. Doblitz.

5. Männer- und Jugend-Abteilung. Freitag, 27. November, 20 Uhr, Abteilungsversammlung. Vorstandssitzung eine Stunde früher. Lokal Fischhammer, Bartschstraße. — Beitragsabrechnung und Turnzeitungsausgabe jeden Freitag abend Turnhalle Kreuzstraße und Lisenhammer, Bartschstraße. Kassierer sind anwesend.

Kinder-Turnwarte, Vorturnerinnen und Vorturner. Mittwoch, 25. November, 19.30 Uhr, Lehrstunde in der Liegnitzer Schule.

Fußball

ASV. Herta. Sonntag, 6. Dezember, 9 Uhr vorm., Generalversammlung im Vereinslokal. Anträge bis zum 30. 11. an den 1. Vorsitzenden. Nichterscheinen wird bestraft.

ASV. Eintracht, Masselwitz. Sonntag 20. Dezember, 14 Uhr, Generalversammlung. Anträge sind bis zum 14. Dezember schriftlich an den 1. Vorsitzenden zu richten. Bei Fehlen statutengemäße Bestrafung. Freitag, 18. Dezember, erweiterte Vorstandssitzung bei Lukas.

ASV. Wratislawia. Sonntag, 6. Dezember, 9 Uhr vormittags: Ordentliche Generalversammlung bei Berghauer, Mauritiusstr. 24. Anträge bis 8 Tage vorher an den 1. Vorsitzenden.

Schiedsrichter-Vereinigung. Zu dem Protestspiel Vorwärts—Pfeil am 29. November auf dem Sternplatz stellen folgende Vereine einen geprüften Schiedsrichter als Linienrichter: Stern — Herta — VfB. und Sparta. Treffpunkt 13.30 Uhr, Sternplatz-Baracke. Uhr und Vereinsjersey mitbringen.

Frauenvertreterinnen-konferenz

in Falkenstein (Vogtl.)

Genossin Götz zeigte im Geschäftsbericht die geleistete Arbeit, die in einigen Schulungskursen zum Ausdruck kam, die neue Wege für die Arbeit in den Vereinen zeigten. Bezirksturnw. Gen. Schulz gab den technischen Bericht, der erkennen ließ, daß sich die Genossinnen rege an den Veranstaltungen beteiligten, so am Bezirksturnfest, der Olympiade in Wien, dem Zentralkursus usw. Genossin Götz behandelte in einem dreiteiligen Vortrag die Themata „Bürgerlicher und Arbeitersport“, „Die Bestrebungen des Frauenturnens“ und „Die Rechte und Pflichten unserer Genossinnen“. Gen. Schlüß hielt noch ein Referat über „Wesen und Aufbau des Frauenturnens“. Dieses wird den Vereinen außerdem noch gedruckt zugestellt. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Genossin Ida Götz, Oelsnitz i. V., Vors. des Frauenausschusses; Gen. Liesbeth Gräupner, Falkenstein i. V., Vertr. der Handballerinnen; Gen. Anna Köhler, Plauen i. V., Schriftführerin. Von den Schwimmerinnen muß noch eine Genossin benannt werden.

Berlin-Brandenburg

Hockey

Der bisher ungeschlagene Arbeiter-Sportverein Rotweiß 1 mußte gegen VfL. Ostring 2 mit einem unentschieden (1:1) vorlieb nehmen. Arbeitersportverein Rotweiß 2 wurde vom Volkssport Neukölln 1 1:0 geschlagen. — Im Spiel SV. Moabit 1 gegen den Fr. Hockey-Club Spandau 1 siegte Moabit 2:1. — Der bisherige Kreismeister VfL. Ostring fertigte Tennisrot 1 überlegen 6:0 ab. — Desgleichen konnte die FTGB-Tempelhof gegen die Fr. Sportvereg. Pankow jederzeit sicher 6:1 siegen. — Weitere Resultate: SV. Moabit 2 gegen Fr. Sp.-Vgg. Pankow 2 4:1. — FTGB-Tempelhof 2 gegen Rotweiß 3 5:1. — FHC. Spandau 2 gegen Volkssport Neukölln 2 3:1. — SV. Moabit 3 gegen ASV. Wedding 1 4:0. — Im Frauenspiel Tennisrot 1 gegen Volkssport Neukölln kam ein unentschieden 0:0 zustande.

Die Freien Schwimmer Groß-Berlin

Gruppe Mitte, veranstalten am Dienstag, dem 24. November, 20.30 Uhr, im Stadtbad Mitte, Gartenstraße, ein Abendschwimmfest. Gute Einzel- und Staffelkämpfe werden das Programm füllen, die Frauen warten mit einem Pushballspiel, die Männer mit einem Wasserballspiel auf. Greusing und Kohn werden ihre Kunst im Springen zeigen. Alles in allem verspricht das Fest interessanten Sport. Und weil es eine Werbeveranstaltung sein soll, ist es wert, besucht zu werden, zumal der Eintritt nur 30 Pfg., für Erwerbslose und Jugendliche nur 20 Pfg. kostet.

Stärkt unsern Pressefonds!

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch .... Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: ....

Wohnort: ....

Straße: ....

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Wertvolle Waffen

für unseren Aufklärungskampf sind die vom Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei herausgegebenen

drei Broschüren:

1. **Wer hat die Sozialdemokratie gespalten?**
   Material zur Parteispaltung
2. **Was will die SAPD?**
   Materialien über die programmatischen Grundsätze und den Organisationsaufbau der neuen Partei
3. **Die Tolerierungspolitik der SPD**
   Material über die Ergebnisse der Tolerierungspolitik

Die Broschüren sind versandbereit. Fordert sofort an!

Verkaufspreis 15 Pf.

Bestellungen an den

Parteivorstand der SAPD Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67